

124

Wirtschaftsprognose  
Economic Forecast

Oktober 2022

# Herbst-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2022–2023

## Stagflation durch Verwerfungen auf den Energiemärkten

Sperrfrist: Freitag, 7. Oktober 2022, 10:00 Uhr



INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN  
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES  
Vienna



# Herbst-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2022–2023

## Stagflation durch Verwerfungen auf den Energiemärkten

Martin Ertl

Ines Fortin

Daniela Grozea-Helmenstein

Jaroslava Hlouskova

Helmut Hofer

Sebastian P. Koch

Robert M. Kunst

Klaus Neusser

Michael Reiter

Klaus Weyerstraß



---

**AutorInnen**

Martin Ertl, Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Jaroslava Hlouskova, Helmut Hofer, Sebastian P. Koch, Robert M. Kunst, Klaus Neusser, Michael Reiter, Klaus Weyerstraß

**Titel**

Herbst-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2022–2023  
Stagflation durch Verwerfungen auf den Energiemärkten  
Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 124

**Kontakt**

Klaus Neusser

T +43 1 59991-125

E [neusser@ihs.ac.at](mailto:neusser@ihs.ac.at)

Helmut Hofer

T +43 1 59991-251

E [hofer@ihs.ac.at](mailto:hofer@ihs.ac.at)

Klaus Weyerstraß

T +43 1 59991-233

E [klaus.weyerstrass@ihs.ac.at](mailto:klaus.weyerstrass@ihs.ac.at)

Melanie Gadringer (Pressesprecherin)

T +43 1 59991-212

E [gadringer@ihs.ac.at](mailto:gadringer@ihs.ac.at)

**2022 Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)**

Josefstädter Straße 39, A-1080 Wien

T +43 1 59991-0

F +43 1 59991-555

[www.ihs.ac.at](http://www.ihs.ac.at)

ZVR: 066207973

*Alle Inhalte sind ohne Gewähr. Jegliche Haftung der Mitwirkenden oder des IHS aus dem Inhalt dieses Werks ist ausgeschlossen.*

# Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung und Zusammenfassung .....	7
2	Die internationale Konjunktur .....	15
2.1	Überblick.....	15
2.2	Länderprognosen.....	20
3	Die österreichische Außenwirtschaft.....	32
4	Perspektiven der Inlandskonjunktur.....	33
5	Monetäre Prognose .....	45
6	Tabellenanhang.....	49



# Stagflation durch Verwerfungen auf den Energiemärkten

Der durch den Krieg gegen die Ukraine verstärkte drastische Anstieg der Inflation und die hohe Unsicherheit bremsen die Expansion der Weltwirtschaft. Die österreichische Volkswirtschaft dürfte aufgrund des äußerst kräftigen Wachstums in der ersten Jahreshälfte im laufenden Jahr trotzdem um 4,7 % zulegen. Für das kommende Jahr wird nur noch ein Wachstum von 0,3 % erwartet. Getrieben von den hohen Energiepreisen und in Einklang mit der internationalen Entwicklung dürfte die heimische Inflationsrate heuer im Jahresdurchschnitt 8,5 % betragen und mit 6,8 % auch im nächsten Jahr sehr hoch bleiben. Die Arbeitslosenquote wird voraussichtlich von 6,4 % heuer auf 6,7 % im kommenden Jahr ansteigen. Die Fiskalpolitik ist weiterhin expansiv, zusätzliche Belastungen des Budgets sollten aus Sicht des Instituts aber vermieden werden.

## 1 Einleitung und Zusammenfassung

Laut den Quartalsdaten der VGR verzeichnete die österreichische Wirtschaft im ersten Halbjahr ein kräftiges Wachstum. Gegenüber dem jeweiligen Vorquartal betrug das Wachstum 1,3 % bzw. 1,9 %. Die Exportwirtschaft profitierte von den internationalen Aufholeffekten im Verarbeitenden Gewerbe nach der Coronakrise und dem schwachen Euro. Durch den Wegfall der coronabedingten Einschränkungen legte auch der private Konsum im Jahresvergleich kräftig zu. Hingegen sinken die Investitionen bereits seit Jahresbeginn.

Für das zweite Halbjahr haben sich die Rahmenbedingungen deutlich verschlechtert. Mit dem Krieg gegen die Ukraine sind die bereits hohen Energiepreise nochmals kräftig gestiegen. Ausgehend von 5,0 % im Jänner kletterte die Inflationsrate bis zum September auf voraussichtlich 10,5 %. In Einklang mit der konjunkturellen Abkühlung der Weltwirtschaft sind auch in Österreich die Frühindikatoren abwärts gerichtet. Das Institut geht von einer leichten Schrumpfung der Wirtschaftsleistung im zweiten Halbjahr aus. Erst im Frühjahr 2023 dürfte die heimische Wirtschaft wieder etwas expandieren. Aufgrund der kräftigen Wachstumsdynamik im ersten Halbjahr hebt das Institut dennoch seine Wachstumsprognose für den Jahresdurchschnitt 2022 auf 4,7 % an. Mit der Konjunkturschwäche im Euroraum und der hartnäckig hohen Inflation haben sich die Aussichten für das kommende Jahr deutlich verschlechtert. Das Institut nimmt daher seine Wachstumsprognose für 2023 auf 0,3 % zurück. Die Prognose ist weiterhin mit hoher Unsicherheit behaftet. Das Institut unterstellt, dass die Gasversorgung aufrecht erhalten werden kann. Die Annahme über die weitere Entwicklung der Rohstoffpreise orientiert sich an den Notierungen der Terminmärkte.

Nach dem kräftigen Aufholprozess der Weltwirtschaft in der zweiten Jahreshälfte 2021 ist das Wachstum im Frühjahr dieses Jahres zum Stillstand gekommen. Der Angriff Russlands auf die Ukraine und die strikte Null-Covid-Politik in China haben den kräftigen Preisauftrieb nochmals verstärkt und die Lieferkettenprobleme wieder verschärft. Der Rückgang der Reallöhne dämpft den privaten Konsum. Die Geldpolitik wird deutlich gestrafft, die Zinsanhebungen sind aber angesichts der hohen Inflationsraten bisher moderat. Die konjunkturelle Grundtendenz in den OECD-Ländern ist sehr schwach. In den USA und in China ging das BIP im zweiten Quartal zurück. Im Euroraum übertrafen die von den Lockerungen der Corona-Pandemie ausgehenden Impulse die bremsenden Faktoren, sodass die Wirtschaftsleistung in den ersten beiden Quartalen um 0,7 % bzw. 0,8 % gegenüber dem Vorquartal zugelegt hat. Die Aussichten für den weiteren Prognosezeitraum haben sich seit der Sommer-Prognose eingetrübt. Die stark steigenden Energiepreise und die hohe Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung belasten Haushalte und Unternehmen insbesondere in Europa. Die Wachstumsprognose für China wird für das laufende Jahr auf 3,0 % zurückgenommen, für das kommende Jahr werden 4,5 % erwartet. Die hartnäckige Inflation und die Straffung der Geldpolitik implizieren eine Rücknahme der Wachstumsaussichten für die USA auf 1,6 % bzw. 0,7 %. Nach der vom kräftigen ersten Halbjahr getragenen Expansion der Wirtschaft im Euroraum von 3,1 % im laufenden Jahr ist für das kommende Jahr nur noch ein Wachstum von 0,3 % zu erwarten. Die Weltwirtschaft dürfte um 3,0 % bzw. 2,1 % zulegen.

Im laufenden Jahr sollte der reale private Konsum in Österreich mit einer Zunahme um 4,7 % ein Wachstumstreiber bleiben. Dieses Aggregat profitiert besonders stark von der Aufhebung der Corona-Schutzmaßnahmen. Das gilt insbesondere für den Bereich Gastronomie und Beherbergung. Laut den Quartals-Daten der VGR hat der private Konsum im ersten Halbjahr kräftig expandiert. Immer stärker bremsend wirkt allerdings der Kaufkraftentzug durch den Anstieg der Inflation. Die hohen staatlichen Transfers und die Senkung der Sparquote sollten es den Haushalten aber ermöglichen, ihr reales Konsumniveau im restlichen Prognosezeitraum aufrecht zu erhalten. Für den Jahresdurchschnitt 2023 wird nur eine marginale Ausweitung des privaten Konsums um 0,3 % erwartet.

Im Vorjahr wurden die Anlageinvestitionen kräftig ausgeweitet. Seit Jahresbeginn hat sich das Investitionsklima aber deutlich abgekühlt. Die ungünstigen internationalen Wirtschaftsaussichten, die hohe Unsicherheit im Zusammenhang mit der weiteren Entwicklung des Kriegs gegen die Ukraine sowie insbesondere der kräftige Anstieg der Energiepreise sind wesentliche Bremsfaktoren. Vor diesem Hintergrund muss die Investitionsprognose neuerlich zurückgenommen werden. Im laufenden Jahr sollten die Anlageinvestitionen um 2,3 % sinken. Für die Ausrüstungsinvestitionen wird ein kräftiger

Rückgang um 3,5 % erwartet, für die Bauten ein Minus von 1,0 %. Nach dem Einbruch im laufenden Jahr könnten die Anlageinvestitionen im kommenden Jahr wieder etwas expandieren. Eine Zunahme der Investitionen in Ausrüstungen von 2,0 % und von 1,0 % bei den Bauten ergibt einen Anstieg der Anlageinvestitionen von 1,5 %.

Im Vorjahr profitierte die österreichische Exportwirtschaft von der kräftigen Erholung der Weltwirtschaft und des Welthandels. Laut den Quartals-Daten der VGR hat sich die positive Dynamik der realen Güterexporte im ersten Halbjahr 2022 fortgesetzt. Die österreichische Exportwirtschaft dürfte dabei noch vom internationalen Aufholprozess nach der Corona-Krise und dem schwachen Euro profitiert haben. Im weiteren Prognosezeitraum sollten die ungünstigen internationalen Rahmenbedingungen die Exporttätigkeit aber merklich einbremsen. Somit werden die Warenexporte im laufenden Jahr um voraussichtlich 8,0 % expandieren. Für nächstes Jahr wird nur noch eine Zunahme um 1,0 % erwartet. Der Wegfall der coronabedingten Einschränkungen ermöglicht einen kräftigen Aufholprozess der Reiseverkehrsexporte. Die Gesamtexporte laut VGR sollten im laufenden Jahr um 10,9 % zulegen. Für nächstes Jahr wird nur noch ein Zuwachs von 1,9 % erwartet. Laut Prognose steigen die Gesamtimporte laut VGR um 6,9 % bzw. 1,6 %. Die Außenwirtschaft liefert im laufenden Jahr einen positiven Wachstumsbeitrag. Bei der Interpretation der Außenwirtschaft ist aber der heimische Einkommensverlust zu bedenken, der sich aufgrund der durch den Anstieg der internationalen Energiepreise verursachte Verschlechterung der *Terms of Trade* ergibt.

In Einklang mit der europäischen Entwicklung hat sich die Inflation im Jahresverlauf weiter erhöht. Für den September schätzt Statistik Austria einen Wert von 10,5 %. Getrieben wird die Inflation weiterhin vom starken Anstieg der Energiepreise. Die kräftigen Steigerungen der Großhandelspreise von Strom und Gas kommen nun zunehmend bei den VerbraucherInnen an. Kräftig zugelegt haben auch die Lebensmittelpreise. Aber auch die Kerninflation (ohne Energie und Nahrungsmittel) ist merklich gestiegen. Für die nächsten Monate ist noch nicht mit einer Entspannung zu rechnen. Folglich muss die Inflationsprognose für den Jahresdurchschnitt 2022 auf 8,5 % angehoben werden. Für den Jahresdurchschnitt 2023 wird eine Teuerungsrate von 6,8 % erwartet. Der Beitrag der Energiepreise (Gas, Strom) zur Inflation wird auch im kommenden Jahr hoch bleiben, Zweitrundeneffekte und steigende Lohnstückkosten sind weitere inflationstreibende Faktoren. Hingegen sollte sich die globale Lieferkettenproblematik etwas entspannen, und von den internationalen Rohstoffpreisen dürften keine preistreibenden Impulse mehr ausgehen.

Die Lage am Arbeitsmarkt ist günstig, allerdings ist keine weitere Verbesserung zu erwarten. In saisonbereinigter Betrachtung nahm die Arbeitslosenzahl in den letzten Monaten marginal zu und die Beschäftigung stagnierte auf hohem Niveau. Für den Jahresdurchschnitt 2022 erwartet das Institut einen Beschäftigungsanstieg um 2,8 % und

eine Arbeitslosenquote von 6,4 %. Aufgrund der konjunkturellen Eintrübung dürfte die Beschäftigung nächstes Jahr nur noch um 0,4 % zulegen und die Arbeitslosenquote auf 6,7 % ansteigen.

Die Lage der öffentlichen Haushalte wird von der Konjunktur und den Maßnahmen zur Abfederung der Inflationsfolgen geprägt. Aufgrund der expansiven Fiskalpolitik geht das Defizit trotz des allmählichen Wegfalls der staatlichen Corona-Hilfsmaßnahmen voraussichtlich nur auf 3,3 % des BIP zurück. Hinsichtlich der Budgetentwicklung im kommenden Jahr bestehen noch große Unsicherheiten, gegenwärtig geht das Institut von einer Defizitquote von 2,7 % aus. Die hohe Inflation führt zwar zu partiell höheren Einnahmen (etwa bei der Umsatzsteuer), allerdings steigen auch die staatlichen Ausgaben, etwa für Lohnzahlungen oder für die Valorisierung der Sozialausgaben. Das Institut sieht allfällige weitere Budgetbelastungen sehr kritisch. Ein nachhaltiger Budgetkurs ist notwendig, um Spielräume für die Finanzierung der künftigen Ausgaben für den demografischen Wandel und die Erreichung der Klimaziele zu schaffen.

Die Prognose ist weiterhin mit beträchtlichen Abwärtsrisiken für die Weltkonjunktur behaftet. Ein längerfristiger Ausfall von Gaslieferungen würde wohl Rationierungen erforderlich machen und würde einige europäischen Länder in eine schwere Rezession schicken. Weiters würden wohl auch die Energiepreise noch weiter steigen, was die Inflation antreiben würde. Von einer raschen und nachhaltigen Entspannung der Situation an den Energiemärkten würden hingegen Wachstumsimpulse ausgehen. Eine hartnäckiger als erwartete Inflation würde wohl eine noch stärkere Straffung der Geldpolitik erfordern, was die Situation am Immobilienmarkt verschärfen könnte. Weitere Risiken bestehen bezüglich der Konjunkturentwicklung in China und möglichen Beeinträchtigungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie.

Auch für die heimische Wirtschaft bestehen insbesondere für das kommende Jahr beträchtliche Abwärtsrisiken. Eine Verringerung des Gasangebots, welche in einer Verdopplung des Gaspreises resultiert, könnte die Wirtschaftsleistung um 2 % verringern. Der Prognose liegt die Erwartung zugrunde, dass die privaten Haushalte auf die inflationsbedingten Einkommensverluste mit einer Senkung der Sparquote reagieren. Die hohe Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Energiepreise könnte aber eine Konsumzurückhaltung auslösen. Die ungünstigen internationalen Wirtschaftsaussichten und der starke Anstieg der Energiekosten könnten die Investitionsneigung der Unternehmen stärker bremsen als erwartet. Neuerliche Corona-Schutzmaßnahmen würden insbesondere den Tourismus belasten.

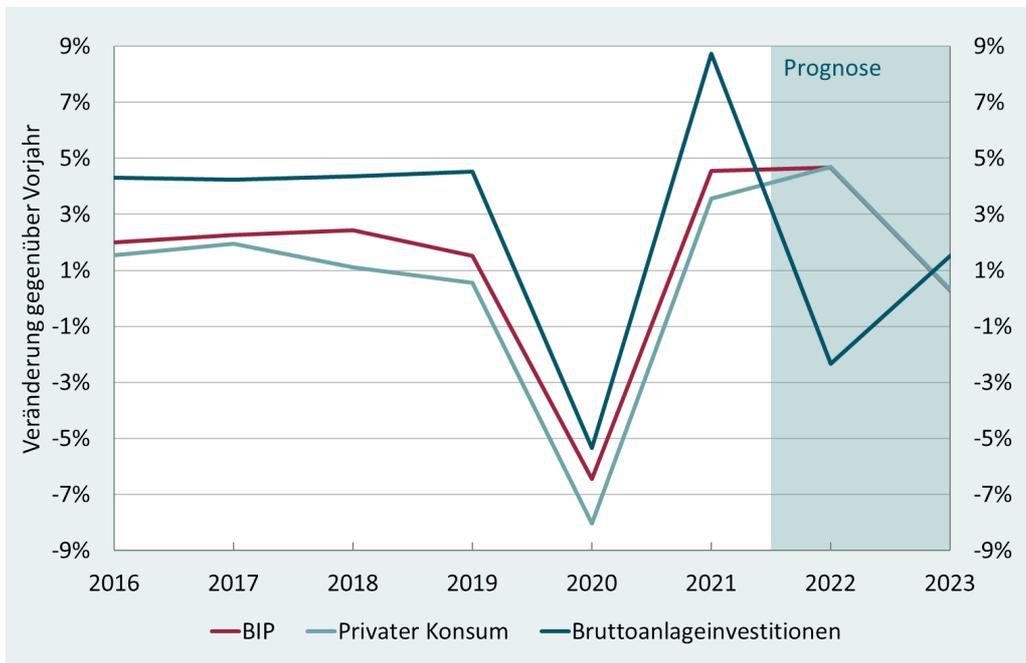
**Tabelle 1: Wichtige Prognoseergebnisse**  
*Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent*

	2021	2022	2023
Bruttoinlandsprodukt, real	4,6	4,7	0,3
Privater Konsum, real	3,6	4,7	0,3
Bruttoinvestitionen, real	11,4	-2,8	0,5
Bruttoanlageinvestitionen, real	8,7	-2,3	1,5
Ausrüstungsinvestitionen, real	11,3	-3,5	2,0
Bauinvestitionen, real	5,8	-1,0	1,0
Inlandsnachfrage, real	6,5	2,2	0,1
Exporte i. w. S., real	9,6	10,9	1,9
Waren, real (laut VGR)	12,9	8,0	1,0
Reiseverkehr, real (laut VGR)	-32,5	95,0	20,0
Importe i. w. S., real	13,7	6,9	1,6
Waren, real (laut VGR)	14,2	6,3	1,5
Reiseverkehr, real (laut VGR)	60,0	32,0	10,0
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	2,5	2,8	0,4
Arbeitslosenquote: Nationale Definition <sup>i</sup>	8,0	6,4	6,7
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition <sup>i</sup>	6,2	4,7	4,9
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	2,2	4,5	7,3
Preisindex des BIP	1,9	4,6	5,0
Verbraucherpreisindex	2,8	8,5	6,8
Budgetsaldo Maastricht in % des BIP <sup>i</sup>	-5,9	-3,3	-2,7
3-Monats-Euribor <sup>i</sup>	-0,5	0,3	3,3
10-Jahres-Rendite österreichischer Staatsanleihen <sup>i</sup>	-0,1	1,8	3,2

<sup>i</sup>absolute Werte

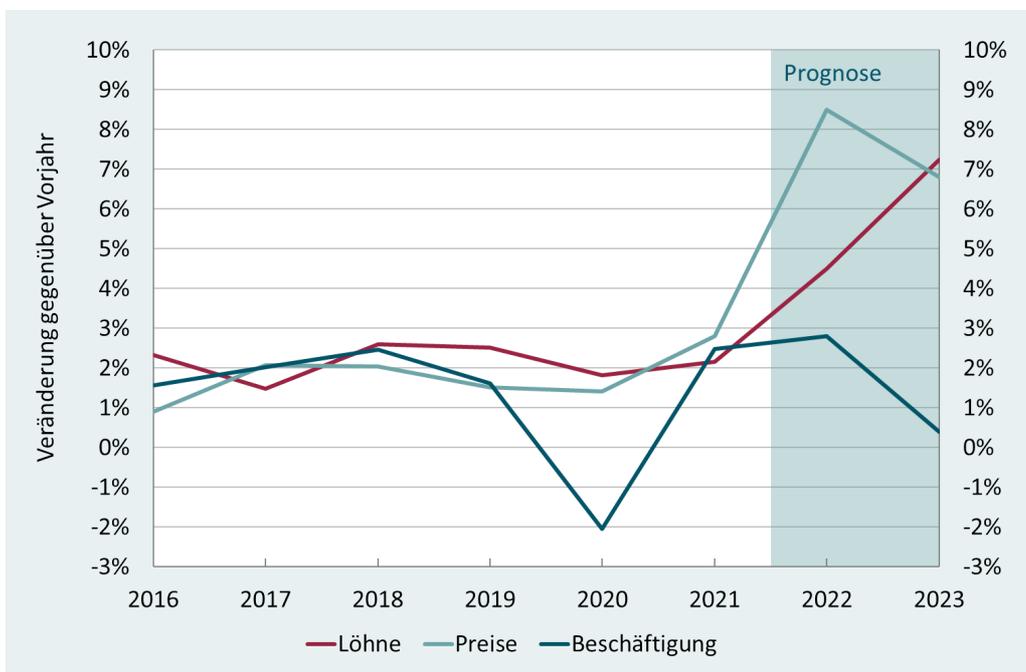
Quellen: Statistik Austria, Refinitiv Datastream, ab 2022 Prognose des IHS

**Abbildung 1: BIP, Privater Konsum und Bruttoanlageinvestitionen, real**



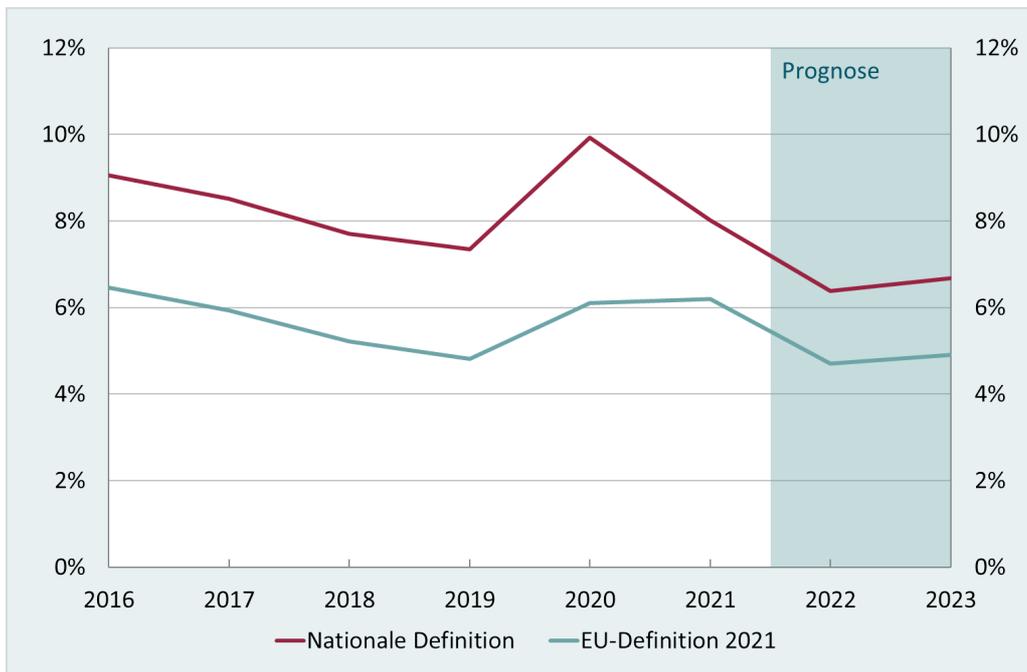
Quellen: Statistik Austria, ab 2022 Prognose des IHS

**Abbildung 2: Löhne, Preise und Beschäftigung**



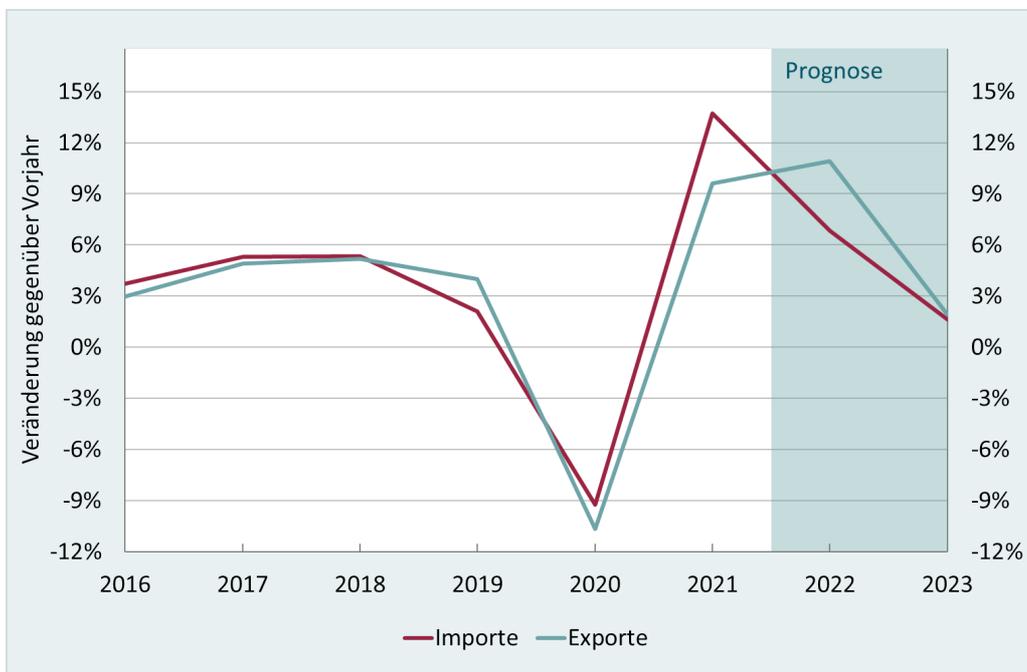
Quellen: Statistik Austria, Dachverband der Sozialversicherungsträger, ab 2022 Prognose des IHS

**Abbildung 3: Arbeitslosenquote**



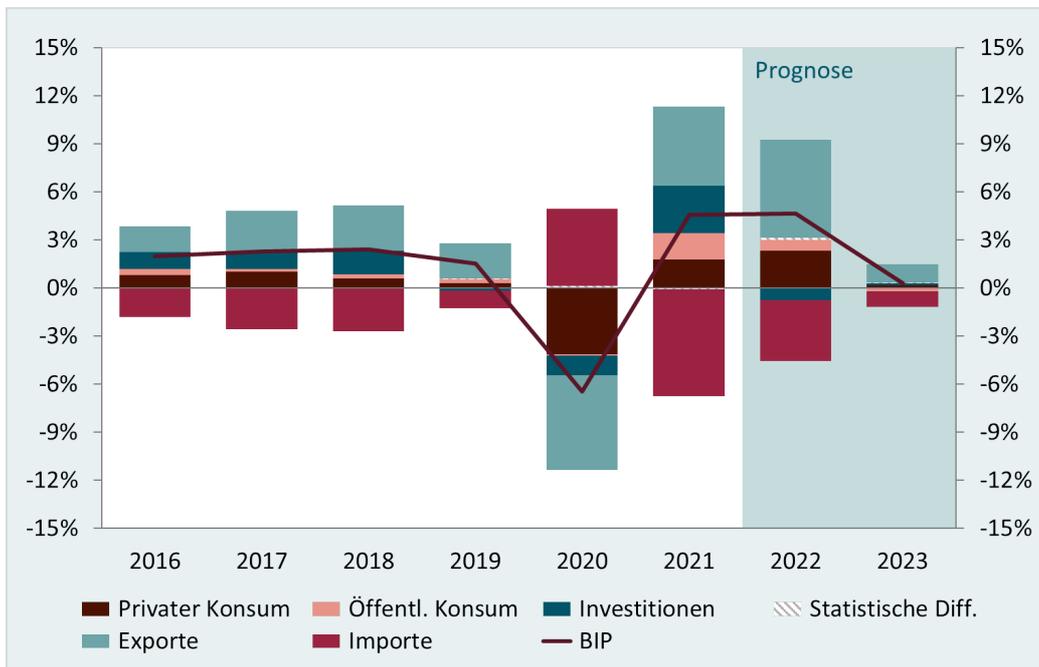
Quellen: AMS, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Eurostat, ab 2022 Prognose des IHS

**Abbildung 4: Importe (i. w. S.) und Exporte (i. w. S.)**



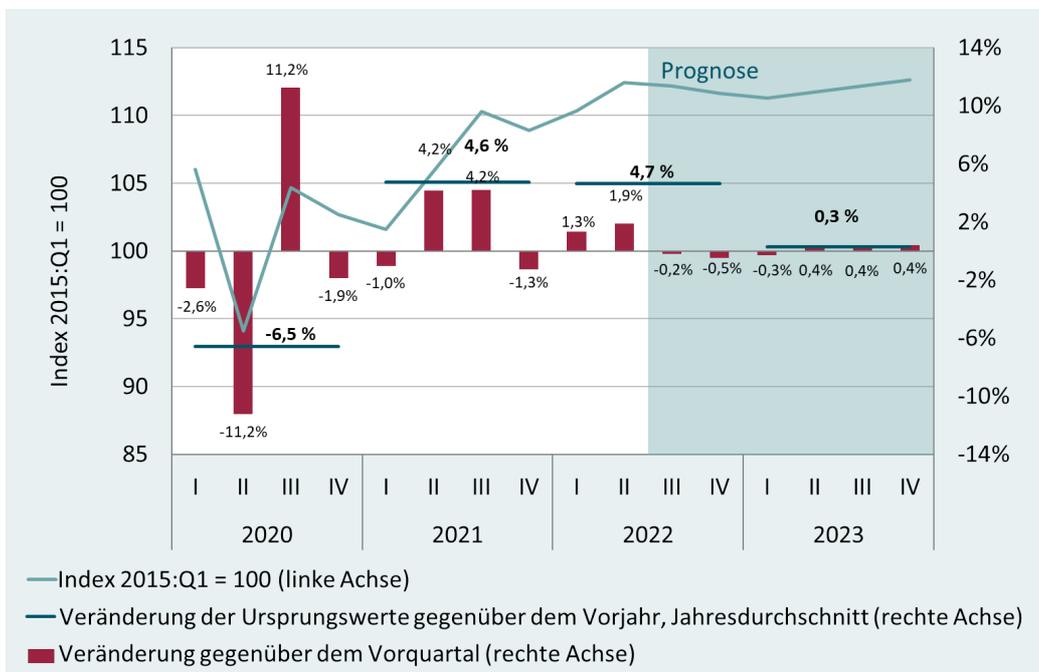
Quellen: Statistik Austria, ab 2022 Prognose des IHS

**Abbildung 5: Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten**



Quellen: Statistik Austria, eigene Berechnungen, ab 2022 Prognose des IHS

**Abbildung 6: Reales Bruttoinlandsprodukt  
saison- und kalenderbereinigter Verlauf**



Quellen: Statistik Austria, ab 3. Quartal 2022 Prognose des IHS

## 2 Die internationale Konjunktur

### 2.1 Überblick

Die **Weltwirtschaft** ist großem Druck von mehreren Seiten ausgesetzt. Die hohe Inflation schmälert die Kaufkraft der privaten Haushalte, die Lieferketten sind nach wie vor gestört, und die Finanzierungsbedingungen haben sich infolge steigender Zinsen und sinkender Aktienbewertungen verschlechtert. Im zweiten Quartal war das Bruttoinlandsprodukt daher in den USA, in China und nach Berechnungen des Internationalen Währungsfonds auch in der Weltwirtschaft insgesamt niedriger als im ersten Quartal. Im Euroraum stützen die weitgehende Aufhebung der Corona-Schutzmaßnahmen in den Dienstleistungsbereichen und die Abarbeitung der hohen Auftragsrückstände im Verarbeitenden Gewerbe die Konjunktur, sodass die Wirtschaftsleistung noch deutlich zulegen konnte.

Die Inflation erreichte im Sommer in vielen Industrieländern Raten, die seit den Ölpreisschocks in den 1970er Jahren nicht mehr beobachtet worden waren. OECD-weit stiegen im August die Verbraucherpreise um 10,3 %. In den USA ging die Inflationsrate leicht auf 8,3 % zurück, dort scheint der Inflationshöhepunkt überschritten zu sein. Hauptinflationstreiber sind vor allem in Europa weiterhin die Energie- und Nahrungsmittelpreise, die Inflation gewinnt aber immer mehr an Breite. So betrug im OECD-Raum die Kerninflation, also die Teuerung ohne Energie und Nahrungsmittel, 7,2 %. Sie war damit mehr als doppelt so hoch wie im August vergangenen Jahres. Gründe dafür sind in manchen Ländern angespannte Arbeitsmärkte und damit höhere Lohnsteigerungen sowie die sehr expansive Wirtschaftspolitik im Zuge der Corona-Krise. Die robuste Nachfrage ermöglicht es den Unternehmen, höhere Kosten an die Verbraucherpreise zu überwälzen. Hinzu kommt, dass nach wie vor Probleme in den globalen Lieferketten bestehen, sodass das Angebot nicht mit der kräftigen Nachfrage Schritt halten kann.

Der Preis für Öl der Sorte Brent, der bereits im vergangenen Jahr im Zuge der weltweiten Konjunkturerholung von der Corona-Pandemie angezogen hatte, bekam durch den russischen Angriff auf die Ukraine einen zusätzlichen Schub. In der Spitze kostete ein Barrel der Sorte Brent Anfang März rund 130 US-Dollar. Anschließend ging der Ölpreis aber wieder zurück und pendelt seit Anfang September bei 90 bis 95 US-Dollar. Damit kostet Öl weniger als vor Beginn des Kriegs in der Ukraine. Auch die Ankündigung einer Förderkürzung durch die OPEC+ Anfang September hat nicht zu einem spürbaren Anstieg des Ölpreises geführt. Offenbar überwiegt an den Märkten die Erwartung einer sinkenden Ölnachfrage infolge eines globalen Konjunkturabschwungs. Für diese Prognose wird angenommen, dass der Ölpreis im Durchschnitt des laufenden Jahres 100

und im kommenden Jahr 85 US-Dollar je Barrel betragen wird, nach einem Durchschnittswert von knapp 71 US-Dollar im vergangenen Jahr. Die sich abschwächende Weltkonjunktur hat dazu geführt, dass im Sommer neben dem Ölpreis auch die Preise von Industrierohstoffen und Nahrungsmitteln nachgegeben haben. In der Regel sind diese Preise nicht mehr höher als vor dem Beginn des Kriegs in der Ukraine am 24. Februar.

Anders verhält es sich mit dem Gaspreis in Europa. Wegen der hohen Abhängigkeit von Erdgaslieferungen aus Russland sind in Europa – anders als in Asien oder Nordamerika – die Großhandelspreise für Erdgas schon seit Sommer 2021, als niedrige Füllstände der Gasspeicher Besorgnis auslösten, kräftig gestiegen. Mit Ausbruch des Kriegs in der Ukraine und noch mehr seit Russland im Juni 2022 seine Gasausfuhren nach Europa stark einschränkte, stiegen sowohl die Preise auf den Spotmärkten als auch auf den Terminmärkten in bislang nicht beobachtete Höhen. Zudem hat die Preisvolatilität stark zugenommen, da unklar ist, in welchem Umfang im bevorstehenden Winter noch Erdgas aus Russland nach Europa fließen wird. Die hohen Produktionskosten für die Unternehmen bzw. Verbraucherpreise für die privaten Haushalte verschlechtern für Europa die *Terms of Trade*, die Handelsbilanz und die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie.

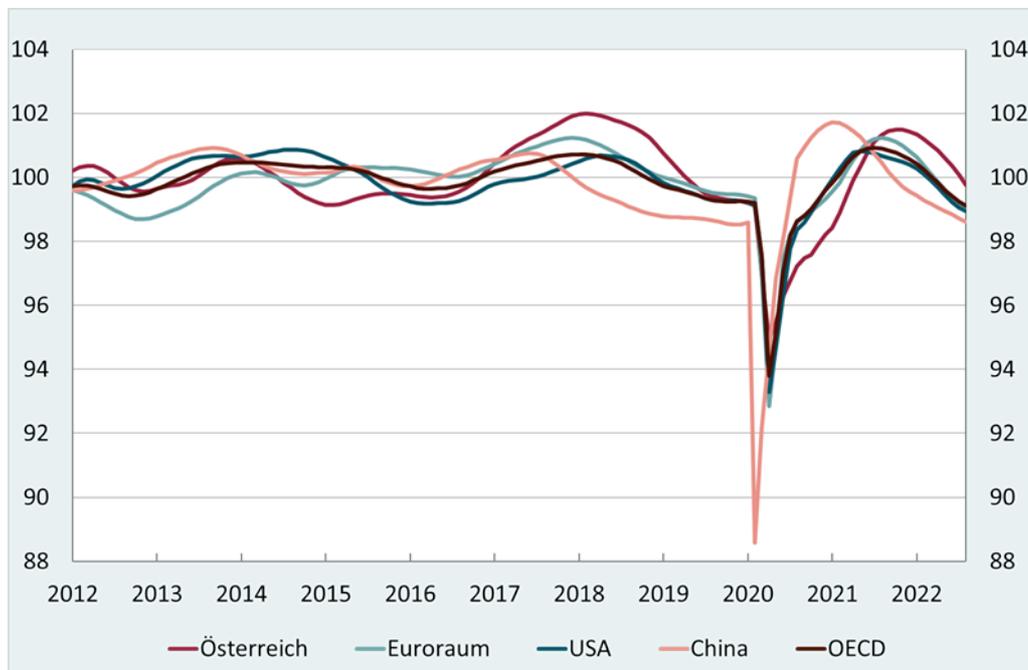
Der Ölpreis ist in Euro gerechnet von seinem Höchstwert weniger stark gesunken als der Weltmarktpreis, denn der Euro hat gegenüber dem US-Dollar merklich an Wert verloren. Da die US-Notenbank früher und stärker als die Europäische Zentralbank (EZB) die Leitzinsen angehoben hat, ist der Euro Ende August erstmals seit Dezember 2002 unter die Parität von 1 US-Dollar je Euro gesunken. Nach den Leitzinserhöhungen durch die EZB und der Ankündigung weiterer Zinsschritte hat der Euro wieder etwas an Wert gewonnen, fiel aber nach der weiteren kräftigen US-Leitzinserhöhung am 21. September auf den tiefsten Stand seit September 2002. Dieser Prognose liegt die Annahme eines Wechselkurses von 1,04 US-Dollar je Euro im Jahresdurchschnitt 2022 und 0,98 USD/EUR im kommenden Jahr zugrunde.

In der Gruppe der OECD-Länder erhöhte sich das saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal um 0,4 %, nach 0,3 % im ersten Jahresviertel. Während die Wirtschaftsleistung in China und den USA sank, expandierte sie in der EU-27 kräftig. Hier überwogen im zweiten Quartal noch die positiven Wirkungen der Aufhebung von Corona-Schutzmaßnahmen, der damit einhergehenden Wiederbelebung des Tourismus und der Abarbeitung hoher Auftragsbestände die negativen Wirkungen der starken Preisanstiege.

Die Belastungsfaktoren dürften im dritten Quartal die Konjunktur auch in Europa gebremst haben. Monatliche Indikatoren, wie der OECD-Frühindikator (Abbildung 7),

deuten darauf hin, dass sich die Weltwirtschaft auch in den kommenden Monaten schwach entwickeln wird. Die hohe Inflation schmälert die Realeinkommen der privaten Haushalte. Als Reaktion auf die Teuerung haben viele Zentralbanken die Zinsen teils deutlich angehoben. Zudem haben die Zinsanhebungen und Konjunktursorgen zu sinkenden Aktienkursen geführt. Damit verschlechtern sich die Finanzierungsbedingungen für Investitionen. Stützend wirkt, dass sich die globalen Lieferkettenprobleme zuletzt entspannt haben. Damit können auch die hohen Auftragsbestände nun abgearbeitet werden. Erst allmählich dürften diese Belastungsfaktoren überwunden werden und die Weltwirtschaft mehr Fahrt aufnehmen.

**Abbildung 7: OECD-Frühindikator**



Quellen: OECD, Refinitiv Datastream

Der Welthandel laut CPB war im Durchschnitt des ersten Halbjahrs um 2,5 % höher als im zweiten Halbjahr 2021. Die Konjunkturschwäche in China und den USA wurde dadurch überlagert, dass sich durch die Störungen in den globalen Lieferketten hohe Auftragsbestände aufgestaut hatten, die infolge der allmählichen Normalisierung der Lieferketten nach und nach abgearbeitet werden konnten. Monatlich schwankte der Welthandel stark, weil es zeitweise zu Einschränkungen der Produktion und der Abfertigung in Containerhäfen infolge von Lockdowns in China kam. In den betreffenden Monaten sank der Welthandel und stieg entsprechend kräftig nach Aufhebung der Corona-Maßnahmen. Die erwartete weltweite Konjunkturschwäche dürfte in den kommenden Monaten auch den Welthandel bremsen, sodass dieser im kommenden

Jahr nur noch um 1,7 % zulegen dürfte. Im laufenden Jahr wird er wegen des starken ersten Halbjahrs wohl um 4,0 % expandieren.

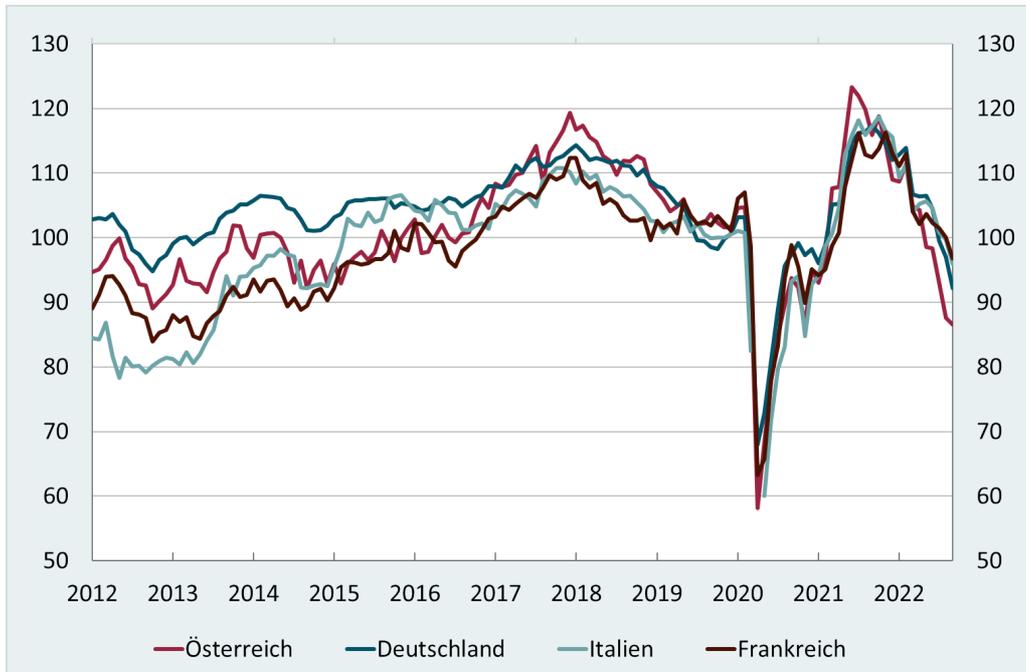
Im **Euroraum** stieg das saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal um 0,7 % und im zweiten um 0,8 %. Getragen wurde die Entwicklung vor allem von den Dienstleistungsbereichen, die von der Aufhebung der Corona-Schutzmaßnahmen profitierten, wie das Gastgewerbe und die sonstigen Dienstleistungen. Deshalb wurde auch der private Konsum kräftig ausgeweitet, obwohl die Realeinkommen wegen der hohen Inflation sanken. Die ausgeprägten Unterschiede im Ausmaß der wirtschaftlichen Erholung zwischen den Ländern blieben bestehen. In den Niederlanden, wo das Bruttoinlandsprodukt bereits im vergangenen Jahr das Niveau von Ende 2019 überschritten hatte, legte die Wirtschaftsleistung weiter kräftig zu. Frankreich und Italien haben im zweiten Quartal das Vorpandemieniveau überschritten, Spanien hingegen noch nicht.

Der Arbeitsmarkt ist in vielen Mitgliedsländern angespannt. Immer mehr Unternehmen, nennen einen Mangel an geeigneten Arbeitskräften als Produktionshindernis. Die Arbeitslosenquote ging bis Juli auf 6,6 % zurück, den niedrigsten Stand seit Bestehen der Währungsunion. Im August verharrte die Arbeitslosenquote auf diesem Wert. Die Beschäftigung hat weiter zugenommen und war im zweiten Quartal um 1,7 % höher als vor Ausbruch der Corona-Pandemie. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden lag hingegen nur um 0,6 % über dem Vorpandemieniveau. Die Inflation ist massiv gestiegen und betrug im September 10,0 %. Sie erreichte damit einen neuen Höchstwert seit Bestehen der Währungsunion. Haupttreiber waren die Energie- und Lebensmittelpreise, die um 40,8 % bzw. 11,8 % stiegen. Doch auch die Kernrate ohne diese beiden Gütergruppen hat sich beschleunigt und erreichte inzwischen 4,8 %, was auch an der zunehmenden Weitergabe der stark gestiegenen Kosten für Vorprodukte, Energie und Rohstoffe liegt.

Im zweiten Halbjahr 2022 sollte sich die Konjunktur im Euroraum stark abkühlen. Darauf deutet die merkliche Eintrübung der Konjunkturerwartungen hin, was sich etwa im Rückgang des Indikators der wirtschaftlichen Einschätzung zeigt (Abbildung 8). Besonders drastisch ist das Konsumvertrauen gesunken, das im September auf den tiefsten Wert seit Beginn der Zeitreihe im Jahr 1985 gefallen ist. Vor diesem Hintergrund erwartet das Institut, dass das reale Bruttoinlandsprodukt im Euroraum im Jahresdurchschnitt 2022 um 3,1 % und im kommenden Jahr nur um 0,3 % steigen wird (Tabelle 2). Wegen der Konjunkturschwäche dürfte sich der Arbeitsmarkt nicht weiter verbessern, sodass die Arbeitslosenquote im kommenden Jahr 7,1 % betragen wird, nach 6,7 % im laufenden Jahr. Da der Gaspreis gemäß den Terminnotierungen zunächst noch weiter steigen wird und zudem die Gaspreissteigerungen nur zeitverzögert an die

Verbraucherpreise weitergegeben werden, wird die Inflation auch im kommenden Jahr mit 8,0 % ähnlich hoch wie im heurigen Jahr (9,0 %) sein.

**Abbildung 8: Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (ESI)**



Anmerkung: Für Italien wird für April 2020 kein Wert ausgewiesen.  
 Quellen: Europäische Kommission, Refinitiv Datastream

**Tabelle 2: Wirtschaftliche Eckdaten für den Euroraum in Prozent**

	2021	2022	2023
BIP-Wachstum	5,2	3,1	0,3
Arbeitslosenquote	7,7	6,7	7,1
Inflation HVPI	2,6	9,0	8,0

Quellen: Eurostat, ab 2022 Prognose des IHS

Vom Krieg in der Ukraine und dem damit zusammenhängenden politischen Konflikt zwischen Russland und der westlichen Staatengemeinschaft gehen nach wie vor die größten Risiken für die Prognose aus. Sollten die Erdgaslieferungen aus Russland nach Europa komplett eingestellt werden, könnte dies in einigen Ländern dazu führen, dass Erdgas rationiert werden muss. Dies hätte Produktionsausfälle in der Industrie, Einschränkungen im Transport und weiter steigende Energiepreise zur Folge. Beschränkungen des Erdgasverbrauchs privater Haushalte sind ebenfalls nicht ausgeschlossen. Eine schwere Rezession in den europäischen Volkswirtschaften im Winterhalbjahr 2022/2023 wäre die Folge. Der Gaspreis könnte aber auch deutlich

niedriger sein als in dieser Prognose unterstellt, etwa wenn der Gasverbrauch in Europa in den nächsten Monaten überraschend niedrig ausfällt oder wieder mehr Gas aus Russland geliefert wird.

Erhebliche weltwirtschaftliche Risiken bringt der weltweit starke Anstieg von Zinsen und Rohstoffpreisen mit sich. Für Schwellenländer ergibt sich daraus das Problem von Kapitalabflüssen und damit einhergehend die Notwendigkeit, die Zinsen noch stärker zu erhöhen. Aber auch für das G7-Mitglied Italien stellt die geldpolitische Straffung ein Problem dar. Wegen der hohen Staatsverschuldung kann ein Zinsanstieg leicht zu einem Finanzierungsrisiko führen. Das dürfte der Hauptgrund dafür sein, dass die Risikoprämie für italienische Staatstitel besonders deutlich gestiegen ist. Wohl vor allem mit Blick auf Italien hat die EZB im Juli mit ihrem *Transmission Protection Instrument* (TPI) ihren Spielraum für Eingriffe in die Kapitalmärkte erweitert.

Schließlich geht auch von der Corona-Pandemie noch immer ein Risiko für die Weltwirtschaft aus. Ein Wiederaufflammen der Infektionszahlen im Herbst könnte, vor allem beim Auftreten einer besonders pathogenen Virusvariante, wieder erhebliche Einschränkungen des öffentlichen Lebens nach sich ziehen. In China könnte die Null-Covid-Politik die globalen Lieferketten wieder stark belasten.

## 2.2 Länderprognosen

Die Konjunkturabkühlung in den **Vereinigten Staaten** im ersten Halbjahr 2022 wird durch die schwache BIP-Entwicklung möglicherweise überzeichnet. Das Bruttoinlandsprodukt sank in den ersten beiden Quartalen 2022 im Durchschnitt um 0,3 % gegenüber dem Vorquartal. Allerdings ergab sich eine große Divergenz gegenüber dem Bruttonationaleinkommen, welches im Durchschnitt um 0,4 % zulegen und somit auf eine bessere Entwicklung als vom BIP impliziert hinweist. Im zweiten Quartal stieg der Konsum der privaten Haushalte um 0,5 %, infolge eines anhaltenden Aufholeffekts im Zuge der Coronapandemie, während der öffentliche Konsum (-0,4 %) und die Bruttoanlageinvestitionen (-1,3 %) rückläufig waren. Zudem reduzierten die Lagerveränderungen und die Nettoexporte das BIP-Wachstum. Auch im Bausektor ist ein Abschwung zu beobachten. Unterdessen weisen die Arbeitsmarktindikatoren nicht auf eine Konjunkturschwäche hin. Im August lag die Arbeitslosenquote bei 3,7 % und damit so niedrig wie vor der Pandemie. Mit über 5 % Zuwachs der durchschnittlichen Stundenlöhne ist der Lohnauftrieb seit Beginn des Jahres rasant. Trotz vieler offener Stellen hat die Zahl der neugeschaffenen Jobs in den vergangenen Monaten etwas abgenommen und die Anzeichen für eine sich ausbreitende Arbeitskräfteknappheit haben sich zuletzt gehäuft.

Der robuste Arbeitsmarkt ermöglicht der US-Notenbank Fed ein entschiedenes Vorgehen gegen die hohe Inflation. Im August lag die Inflationsrate bei 8,3 %. Die Inflation wird stärker durch binnenwirtschaftliche Faktoren geprägt als im Euroraum. Dazu zählen der hohe Auslastungsgrad am Arbeitsmarkt und die expansive Fiskalpolitik im Zuge der Pandemie. In der Sitzung des Offenmarktausschusses im September wurde die Bandbreite der Federal Funds Rate um 75 Basispunkte auf 3,0 % bis 3,25 % angehoben. Es wurden weitere Leitzinsanhebungen von mehr als einem Prozentpunkt bis Ende des Jahres in Aussicht gestellt. Damit steigt die Fed entschieden auf die Konjunkturbremse und es ist von einer Abschwächung im nächsten Jahr auszugehen. Für das laufende Jahr erwartet das Institut ein BIP-Wachstum von 1,6 % und für 2023 von 0,7 %.

Nach einer Stagnation im ersten Quartal beschleunigte sich im zweiten Quartal die Wirtschaftsdynamik in **Japan**. Die Wirtschaftsleistung erhöhte sich um 0,9 % im Vergleich zum Vorquartal und um 1,6 % gegenüber dem Vorjahresquartal. Dazu trugen sowohl der private Konsum bei, der sich nach der Lockerung der Corona-Eindämmungsmaßnahmen Ende März belebte, als auch der öffentliche Konsum, die öffentlichen Investitionen und die privaten Ausrüstungsinvestitionen. Eine schwache Auslandsnachfrage und die wiederkehrenden Lockdowns in China haben den Außenhandel gedämpft. Die Inflation erhöhte sich im August auf 3,0 %. Neben den hohen Energiepreisen waren dafür auch Preiserhöhungen bei den Versorgungsunternehmen und für einige Lebensmittel ausschlaggebend. Die starke Abwertung des Yen verschärfte den Inflationsdruck. Trotz schwacher Konjunktur blieb die Arbeitslosenquote im August bei 2,5 %.

Für das zweite Halbjahr 2022 und das Jahr 2023 wird mit einer Fortsetzung der wirtschaftlichen Erholung gerechnet. Dabei werden die Investitionen, darunter der Bau von Halbleiterfabriken, und die Konsumausgaben durch die Fortsetzung der expansiven Finanz- und Geldpolitik unterstützt. Preissubventionen und Einkommenshilfen sowie eine Aufstockung der Mittel für die Regionalregierungen und eine weitere Begrenzung der Einfuhrpreise für Weizen dürften die Auswirkungen der zunehmenden Inflation mildern. Das steigende Verbrauchervertrauen und das Ende der Einreisebeschränkungen im Tourismus wirken konjunkturstützend. Eine schwache Auslandsnachfrage, Störungen der Lieferketten sowie Unsicherheiten hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Rohstoffpreise dämpfen hingegen die Erholung. Insgesamt dürfte das BIP im laufenden Jahr um 1,5 % zulegen. Im Jahr 2023 dürfte die Wirtschaftsleistung um 1,3 % zunehmen.

In der **Volksrepublik China** prägt die Corona-Pandemie weiterhin den Konjunkturverlauf, da die Regierung an ihrer Null-Covid-Strategie festhält. Infolge von großflächigen Lockdowns, auch in großen Wirtschaftszentren wie Shanghai, schrumpfte das

Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal um 2,6 % gegenüber dem Vorquartal und nahm im Vergleich zum Vorjahr nur noch um 0,4 % zu. Eine starke Exportdynamik stützte das BIP-Wachstum im zweiten Quartal, während der private Konsum stark schrumpfte. Die sich ausweitende Immobilienkrise dämpfte die Konjunktur zusätzlich. Die Bauproduktion ging zurück. Gemessen an der Fläche war das Volumen der Baubeginne im Juni um 45 % und das der Immobilienverkäufe um 18 % niedriger als im Vorjahresmonat.

Durch eine Lockerung der Geldpolitik versucht die Zentralbank, die Immobilienkrise zu mildern. So wurde im August der Leitzins zum zweiten Mal in diesem Jahr gesenkt, was eine Abkehr von der restriktiven Geldpolitik des Vorjahrs bedeutet. Investitionsanreize sollen das Wirtschaftswachstum ankurbeln. Dabei erhöhen die Investitionsstimuli und die vorgesehenen zusätzliche Ausgaben für Infrastrukturinvestitionen die Schuldenlast des öffentlichen Sektors. Weitere Maßnahmen der Regierung betreffen Steuerrückerstattungen und Steuersenkungen für Autoverkäufe sowie höhere Subventionen für Fluggesellschaften, den Tourismussektor und landwirtschaftliche Betriebe. Die Inflation blieb mit 2,5 % im August unter dem Zielwert von 3,0 %.

Angesichts der hohen Rohstoff- und Energiekosten, der Energieknappheit und des Konsolidierungsbedarfs im Immobiliensektor ist mit einer nur moderaten Zunahme der Wirtschaftsleistung im Prognosezeitraum zu rechnen. Die Bedeutung der Exporte als Wachstumstreiber dürfte wegen der schwächeren Auslandsnachfrage und der hohen Inflation in den Partnerländern abnehmen. Darüber hinaus hat die kontinuierliche Aufwertung des Yuan gegenüber dem Euro dazu geführt, dass chinesische Produkte für europäische VerbraucherInnen teurer geworden sind. Die BIP-Expansion dürfte in den Jahren 2022 und 2023 3,0 % bzw. 4,5 % betragen.

In **Deutschland** ist die saisonbereinigte Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal um 0,1 % gestiegen, nach 0,8 % im ersten Quartal. Damit war das Bruttoinlandsprodukt erstmals wieder so hoch wie im vierten Quartal 2019. Der private Konsum profitierte von der Aufhebung von Corona-Eindämmungsmaßnahmen und der Auflösung von Sparguthaben, die während der Pandemie aufgebaut worden waren. Inzwischen haben sich die Konsumaussichten wegen der hohen Inflation und der Unsicherheiten aber stark eingetrübt. Zudem wird die Industrie durch die hohen Gaspreise belastet. Die Wirtschaftsleistung dürfte daher im dritten Quartal gesunken sein. Darauf deuten Frühindikatoren wie der ifo Geschäftsklimaindex hin. Im Einzelhandel fielen die Geschäftserwartungen im September auf den tiefsten Wert seit Beginn der Zeitreihe im Jahr 1991. Im Winterhalbjahr ist daher aufgrund der steigenden Kostenbelastung durch Energie, der nachlassenden Konsumnachfrage und der schwächelnden Weltwirtschaft mit einem deutlichen BIP-Rückgang zu rechnen. Stützend wirkt, dass die allmähliche

Normalisierung der globalen Lieferketten ein Abarbeiten des hohen Auftragsstaus im Verarbeitenden Gewerbe ermöglicht.

Wegen der Konjunkturschwäche steigt die Beschäftigung nicht mehr; im Juli und August stagnierte sie. Im August war sie um 0,3 % höher als vor der Corona-Pandemie. Die Zahl der Arbeitsstunden war im zweiten Quartal noch um 1,3 % unter dem Vorkrisenniveau. Die Arbeitslosigkeit hat aber leicht zugenommen. Im August und im September betrug die saisonbereinigte Arbeitslosenquote 5,5 %, nachdem sie von März bis Mai mit 5,0 % ihren jüngsten Tiefststand erreicht hatte.

Die Inflationsrate liegt seit März bei über 7 % und damit so hoch wie zuletzt während der beiden Ölkrisen in den 1970er und 1980er Jahren. Im September erreichte sie laut Schnellschätzung des Statistischen Bundesamtes 10,0 %. Haupttreiber waren weiterhin die Energiepreisschübe. Aber auch die Kernrate zog weiter deutlich an und lag mit 4,7 % weit über ihrem historischen Durchschnitt. Offenbar geben die Unternehmen die Kostensteigerungen aufgrund der Verteuerung von Vorprodukten und der Störung in den Lieferketten mehr und mehr an die VerbraucherInnen weiter. Darüber hinaus stieg in der ersten Jahreshälfte die Nachfrage kräftig.

Nach einem erwarteten schwachen Winterhalbjahr wird die Konjunktur wohl nur langsam Fahrt aufnehmen. Stützend wirkt der Arbeitsmarkt, denn wegen des Fachkräftemangels dürften die Unternehmen ihren Personalstand weitgehend halten. Auch sollte sich die Weltwirtschaft allmählich beleben. Für den Jahresdurchschnitt 2022 ergibt sich wegen des recht kräftigen Wachstums zu Jahresbeginn ein Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 1,4 %, aber im kommenden Jahr dürfte es um 0,4 % sinken.

**Italiens** Wirtschaft hat im zweiten Quartal 2022 positiv überrascht, was auf einen starken Aufholeffekt durch die Wiederöffnung des Dienstleistungssektors zurückzuführen war. Zudem profitierte der Tourismus von hohen Zuwächsen nach dem Ende der Corona-Einschränkungen. Im zweiten Quartal wurde ein BIP-Wachstum von 1,1 % gegenüber dem Vorquartal verzeichnet, nachdem die Wirtschaft zu Beginn des Jahres stagniert hatte. Der Konsum der privaten Haushalte hat um 2,6 % zugelegt und die Bruttoanlageinvestitionen stiegen um 1,7 %, während der öffentliche Konsum um 1,1 % zurückging. Auch die Exporte und die Importe stiegen stark mit 2,5 % und 3,3 % gegenüber dem Vorquartal. Die Erholung des privaten Konsums machte sich in den Einzelhandelsumsätzen bemerkbar, die um 1,2 % gegenüber dem ersten Quartal anstiegen. Mit knapp unter 50 Millionen Nächtigungen im Juni boomte der Sommertourismus und lag nur noch 8,1 % unter dem Rekordsommer 2019. Die Arbeitslosenquote sank seit Beginn des Jahres kontinuierlich und hat mit 7,9 % einen langfristigen Tiefststand erreicht. Die Beschäftigung erreichte im Juli saisonbereinigt mit rund 23 Millionen Personen einen Höchststand.

Dennoch ist die Entwicklung in der zweiten Jahreshälfte und im nächsten Jahr mit hoher Unsicherheit behaftet. Der Anstieg der Energiepreise drückt auf die Realeinkommen. Die Inflationsrate stieg zur Mitte des Jahres stark an und erreichte im August 8,4 %. Die Regierung griff zur Abfederung des Energiepreisschocks auf eine Senkung der Energiesteuern und -gebühren zurück. Ein Sozialbonus richtete sich gezielt an einkommensschwächere Haushalte, und energieintensiven Unternehmen wurden vorübergehende Steuergutschriften gewährt, die Insolvenzen infolge der steigenden Produktionskosten verhindern sollen. Die Straffung der Geldpolitik durch die EZB erzeugt einen Aufwärtsdruck in der italienischen Zinslandschaft, was die Refinanzierung des öffentlichen Sektors sowie von Firmen und Haushalten verteuert. Der Rücktritt von Ministerpräsident Draghi führte zu Neuwahlen im September. Trotz eines politischen Machtwechsels blieben die Risikoaufschläge italienischer Anleihen bislang noch entfernt von wirklichen Krisenniveaus. Im Zuge der geldpolitischen Straffung sorgte die EZB mit dem neuen Instrument TPI vor, einer Fragmentierung innerhalb der Währungsunion entgegenzuwirken. Zudem sind umfangreiche NextGenerationEU-Mittel abrufbar, wenn damit verbundene Auflagen erfüllt werden. Das Institut erwartet ein BIP-Wachstum von 3,2 % im laufenden Jahr und von 0,5 % im Jahr 2023.

Nach einem schwachem ersten Quartal 2022, in dem das BIP um 0,2 % zurückging, verbuchte **Frankreichs** Wirtschaft im zweiten Quartal wieder einen BIP-Zuwachs von 0,5 % gegenüber dem Vorquartal. Nach dem Rückgang zu Beginn des Jahres infolge noch vorherrschender Pandemiemaßnahmen im Dienstleistungssektor stieg der private Konsum im zweiten Quartal um 0,4 %. Der Anstieg der Bruttoanlageinvestitionen betrug 0,2 % und die Exporte wuchsen um 0,9 %, während die Importe stagnierten. Der öffentliche Konsum verzeichnete einen Rückgang um 0,3 %. Allerdings deuten die Stimmungsindikatoren bereits seit Jahresbeginn auf eine Konjunkturabkühlung hin. Die Umfrage der Europäischen Kommission unter französischen Firmen hatte im Spätherbst des vergangenen Jahres bereits ihren Höhepunkt und zeigte seitdem kontinuierlich eine Eintrübung an, eine Rezession wird aber durch das Barometer noch nicht signalisiert. Die Wiederbelebung im Dienstleistungssektor nach den Corona-Einschränkungen, speziell im Tourismus, dürfte im Sommer noch angehalten haben. Dennoch ist mit einer Abkühlung über die Wintermonate infolge der Reallohnseinbußen durch die hohe Inflation zu rechnen. Die Entwicklung im nächsten Jahr ist äußerst unsicher und wird sehr stark von den Energiepreisen und den fiskalischen Maßnahmen zur Abfederung abhängen. Die Regierung subventioniert vorübergehend regulierte Energiepreise und Treibstoff und stellt Energiegutscheine und Transferleistungen für BezieherInnen niedriger Einkommen bereit. Im August betrug die Inflationsrate 5,9 %. Die Arbeitslosenquote bewegt sich auf einem sehr tiefen Niveau (7,5 % im Juli). In der Firmenumfrage der *Banque de France* weisen Unternehmen auf eine aktuelle Knappheit

an Arbeitskräften hin. Das Institut rechnet im laufenden Jahr mit einer Abschwächung des BIP-Wachstums auf 2,4 %, für das Jahr 2023 wird ein Wachstum von 0,8 % erwartet.

Das Bruttoinlandsprodukt im **Vereinigten Königreich** ist im zweiten Quartal 2022 um 0,2 % gegenüber dem Vorquartal gestiegen und lag damit, nach den jüngsten Datenrevisionen, immer noch leicht unter seinem Vor-Corona-Niveau. Getragen wurde das schwache Wachstum insbesondere vom privaten Konsum, während sich der öffentliche Konsum und die Investitionen negativ entwickelten. Am Arbeitsmarkt ist die Zahl der offenen Stellen trotz eines leichten Rückgangs nach wie vor sehr hoch. In Kombination mit einer Arbeitslosenquote von 3,6 %, welche zuletzt Mitte 1974 so niedrig war, bedeutet dies einen stark angespannten Arbeitsmarkt. Die Anzahl von nicht beschäftigten Personen pro offener Stelle bleibt mit 1,0 historisch niedrig. Die Einkaufsmanagerindizes sind im September unter die 50-Punkte-Marke gesunken und signalisieren nun mit Werten von 48,5 im Verarbeitenden Gewerbe und 49,2 im Dienstleistungsbereich einen (leichten) Rückgang der Aktivität.

Die Inflation war zuletzt mit Werten um 10 % sehr hoch, vor allem aufgrund stark steigender internationaler Energiepreise, und betrug im August 9,9 %. Dieser Wert liegt deutlich über dem Zwei-Prozent-Ziel der *Bank of England*. Dies hat die Notenbank dazu veranlasst, ihre Leitzinsen seit Anfang des Jahres in mehreren Schritten auf gegenwärtig 2,25 % zu erhöhen. Eine weitere Straffung der Geldpolitik ist zu erwarten. Trotz umfangreicher Unterstützungspakete der Regierung zur Abfederung der Teuerung inklusive mehrerer Programme zur Energiepreisdeckelung dürfte der private Konsum die Wirtschaft deutlich weniger stark stützen als zuletzt angenommen. Auch die Unternehmensinvestitionen und die Industrieproduktion werden durch die hohen Energiepreise, die Unsicherheit aufgrund des Krieges gegen die Ukraine und gestörte Lieferketten gedämpft. Alles in allem sollte das Bruttoinlandsprodukt im Prognosezeitraum um 3,4 % bzw. 0,1 % wachsen.

Die Wirtschaftsleistung der **Schweiz** ist im zweiten Quartal des laufenden Jahres um 0,3 % gegenüber dem Vorquartal gestiegen. Dies ist insbesondere auf die Dienstleistungen (vorwiegend Gastgewerbe) zurückzuführen, die von der Aufhebung diverser Coronamaßnahmen profitierten. Der Industriesektor hingegen verzeichnete einen Rückgang der Wertschöpfung. Vor allem die chemisch-pharmazeutische Industrie trug diesmal negativ zum Wachstum bei, während sich die übrigen Industriebereiche positiv entwickelten. Das Baugewerbe lief, wie in den Vorquartalen, schleppend. Die Entwicklung im Bau wird durch die globalen Lieferengpässe, die hohen Rohstoffpreise und den anhaltenden Fachkräftemangel belastet. Die Lage am Arbeitsmarkt ist allerdings weiterhin positiv. Die Beschäftigung steigt und die nationale Arbeitslosenquote ist in den vergangenen Monaten leicht zurückgegangen. Im August betrug sie 2,0 %. Die Inflation ist weiter gestiegen und dämpft die Kaufkraft der Haushalte. Mit 3,5 % im August fiel sie

im internationalen Vergleich allerdings moderat aus. Die Schweizerische Nationalbank hat im September erneut eine Leitzinserhöhung vorgenommen. Damit liegt der (mittlere) Leitzinssatz nun mit 0,5 % seit Jänner 2015 erstmals wieder im positiven Bereich.

Der Einkaufsmanagerindex für die Industrie hat sich im August weiter abgeschwächt (56,4), jener für den Dienstleistungssektor ist leicht gestiegen (56,9). Beide Werte liegen über der Wachstumsschwelle von 50 Punkten und signalisieren damit weiterhin positive Entwicklungen. Das KOF Konjunkturbarometer sank im August deutlich auf 86,5 Punkte und lag damit klar unter dem langfristigen Mittelwert, was auf eine schwächere Wirtschaftsentwicklung hindeutet. Auch die KonsumentInnenstimmung liegt auf einem tiefen Niveau. Die weitere wirtschaftliche Entwicklung wird wohl maßgeblich von der Energieversorgung bzw. -verknappung bestimmt. Insgesamt erwartet das Institut für das laufende und das kommende Jahr ein BIP-Wachstum von 2,2 % bzw. 1,0 %.

In den meisten **mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL)** expandierte die Wirtschaftsleistung im ersten Halbjahr kräftig. Besonders dynamisch entwickelten sich der Konsum von Dienstleistungen nach dem Wegfall der coronabedingten Einschränkungen sowie die Investitionen, gestützt durch EU-Mittel.

Die Inflation erreichte aufgrund höherer Energie- und Lebensmittelpreise in allen Ländern zweistellige Raten. Im Hinblick auf den Krieg gegen die Ukraine und die damit verbundenen Wirtschaftssanktionen gegen Russland dürfte die Inflation in den nächsten Monaten dieses Jahres und im kommenden Jahr hoch bleiben. Um die VerbraucherInnen und Unternehmen vor den direkten Auswirkungen der steigenden Energiepreise zu schützen, haben die Regierungen zahlreiche Maßnahmen beschlossen. Nahezu alle Länder in der Region ergriffen Maßnahmen wie ermäßigte Energiesteuern bzw. Mehrwertsteuersätze, Transfers an benachteiligte Gruppen und Unterstützungen für Unternehmen. Angesichts der anhaltend hohen Inflation wird mit einer Fortsetzung der expansiven Fiskalpolitik gerechnet.

In den kommenden Quartalen dürfte sich die Wirtschaftsdynamik infolge von inflationsbedingten Kaufkraftverlusten, anhaltenden Störungen der globalen Lieferketten, des Drucks auf die Energie- und Rohstoffpreise und der schwächeren Auslandsnachfrage verlangsamen. Zusätzlich verteuern die seit Anfang des Jahres mehrmals angehobenen Leitzinsen in Polen, Rumänien, Tschechien und Ungarn die Kredite für KonsumentInnen und Unternehmen. Die anhaltend hohen Rohstoff- und Energiepreise könnten energieintensive Industriebetriebe veranlassen, in den nächsten Monaten ihre Produktion zu drosseln oder einzustellen. Konjunkturstützend wirken hingegen die Auszahlungen aus dem EU-Haushalt und die Mittel für Investitionsvorhaben aus dem NextGenerationEU-Programm. Insgesamt dürfte die

Wirtschaftsleistung in den MOEL-5 um 3,8 % in diesem Jahr und um 1,2 % im nächsten Jahr zunehmen.

Getragen von den Investitionen und der Erhöhung der Lagerbestände an halbfertigen Produkten expandierte die Wirtschaftsleistung in **Tschechien** im zweiten Quartal um 0,5 % im Vorquartalsvergleich. Zum Vorjahresquartal erhöhte sie sich um 3,7 %. Der Beitrag des Außenhandels war vor allem infolge eines Rückgangs bei den Ausfuhren von Chemikalien, Basismetallen und Metallerzeugnissen und einer Erhöhung der Einfuhren von Erdöl und Erdgas negativ. Die Arbeitslosenquote blieb mit 2,4 % im August weiterhin besonders niedrig. Die Inflationsrate erhöhte sich auf 17,1 % im August. Der Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe blieb im August unter der Schwelle von 50 und signalisierte damit einen Rückgang der Produktionstätigkeit. Nach einer Expansion um 2,5 % im heurigen Jahr dürfte sich das BIP-Wachstum im Jahr 2023 auf 1,0 % verlangsamen.

Nach einer kräftigen Zunahme im ersten Quartal verlor die Dynamik des BIP in **Ungarn** im zweiten Quartal an Fahrt. Die Wirtschaftsleistung erhöhte sich um 1,0 % gegenüber dem Vorquartal. Im Vorjahresvergleich nahm sie um 6,5 % zu. Während der private Konsum, gestützt durch steigende Löhne und Transferzahlungen, kräftig blieb, verlangsamten sich die Investitionen. Der Angebotschock verstärkte den Inflationsdruck und die Teuerungsrate erhöhte sich auf 18,6 % im August. Die Arbeitslosenquote betrug im August unverändert 3,5 %. Die Verlängerung der Preisdeckelung für Treibstoff und Grundnahrungsmittel bis Ende dieses Jahres dürfte die Konjunktur im zweiten Halbjahr weiter stützen. Die Unsicherheit betreffend eine Kürzung der eingefrorenen EU-Mittel, im Zusammenhang mit dem Rechtsstaatlichkeitsverfahren, dürfte die Investitionen bremsen. Insgesamt wird mit einer Zunahme der Wirtschaftsleistung in diesem und im nächsten Jahr um 5,3 % bzw. 1,0 % gerechnet.

Nach einer Zunahme um 2,5 % im ersten Quartal sank die Wirtschaftsleistung in **Polen** im zweiten Quartal um 2,1 % zum Vorquartal. Zum Vorjahresquartal erhöhte sich das BIP um 4,7 %. Höhere Staatsausgaben für die Versorgung der Flüchtlinge aus der Ukraine zusammen mit robusten Anlageinvestitionen stützten das Wachstum, während die Dynamik des Lageraufbaus stark negativ war. Dabei blieb die Arbeitslosenquote im August mit 2,6 % unverändert niedrig. Die Inflation erhöhte sich im August auf 14,8 %. Der Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe sank im August auf 40,9 und lag damit auf dem niedrigsten Niveau seit Mai 2020. Konjunkturstützend dürfte die Freigabe der NextGenerationEU-Mittel im Sommer 2022 wirken. Die Wirtschaftsleistung dürfte in diesem Jahr um 4,0 % und im Jahr 2023 infolge nachlassender Konsum- und Investitionsdynamiken um lediglich 1,3 % zunehmen.

In der **Slowakei** setzte sich im zweiten Quartal die schon in den letzten Quartalen beobachtete mäßige Dynamik der Wirtschaftsleistung fort. Das BIP erhöhte sich um 0,5 % gegenüber dem Vorquartal und um 1,7 % gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres. Während die Inlandsnachfrage das Wachstum stützte, gingen die Nettoexporte infolge steigender Energiepreise und anhaltender Unterbrechungen in den globalen Automobil-Lieferketten zurück. Die Arbeitslosenquote lag im August bei 6,0 % und damit um 0,7 Prozentpunkte unter dem August-Niveau des Vorjahres. Die Inflation erhöhte sich im August auf 13,4 %. Die Lieferengpässe bei Vorprodukten im Automobilssektor erhöhen die Konjunkturrisiken in der Prognoseperiode. In diesem Jahr dürfte die Wirtschaftsleistung um 1,8 % und im nächsten Jahr um 1,0 % zulegen.

Getrieben durch eine robuste Inlandsnachfrage setzte sich in **Slowenien** im zweiten Quartal die dynamische Entwicklung des BIP mit einer Expansion um 0,8 % zum Vorquartal bzw. um 9,6 % im Vorjahresvergleich fort. Infolge dynamischer Exporte von Dienstleistungen trugen die Nettoexporte positiv zum BIP-Quartalsergebnis bei. Die Teuerungsrate erhöhte sich im August auf 11,5 %. Um den Inflationsdruck zu bremsen, hat die Regierung einen Höchstpreis für Treibstoff festgelegt. Die Arbeitslosenquote sank im August auf 4,1 %. Der private Konsum und die durch EU-Mittel gestützten Investitionen werden die wichtigsten Wachstumsmotoren im Prognosezeitraum bleiben. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte in den Jahren 2022 und 2023 um 5,0 % bzw. um 1,3 % expandieren.

Im zweiten Quartal erhöhte sich die Wirtschaftsleistung in **Rumänien** um 2,1 % gegenüber dem Vorquartal und um 5,3 % im Vorjahresvergleich. Ein robuster privater Konsum, dynamische Investitionen sowie ein hoher Staatskonsum stützten das Wachstum. Die Arbeitslosenquote blieb im August mit 5,1 % im Vergleich zu anderen Ländern der Region hoch. Die Inflation beschleunigte sich und lag im August bei 13,3 %. Nach einer Anhebung der Leitzinsen auf 5,5 % Anfang August wird im Prognosezeitraum mit weiteren Zinserhöhungen gerechnet. Konjunkturstützend wirkt die expansive Fiskalpolitik, die eine Unterstützung für Haushalte und KMU sowie die Umsetzung der mit der EU-Kommission vereinbarten Investitionspläne im Rahmen des Corona-Wiederaufbaufonds vorsieht. Getragen von der Inlandsnachfrage, dürfte die Wirtschaftsleistung in den Jahren 2022 und 2023 um 5,3 % bzw. um 3,0 % expandieren.

Getrieben von den Reiseverkehrsexporten und der Inlandsnachfrage nahm das Bruttoinlandsprodukt in **Kroatien** im zweiten Quartal um 2,0 % gegenüber dem Vorquartal zu. Im Vorjahresvergleich expandierte es um 7,8 %. Infolgedessen sank die Arbeitslosigkeit im Jahresvergleich um 0,9 Prozentpunkte auf 6,4 % im August. Die Inflationsrate erhöhte sich im August auf 12,6 %. Die expansive Fiskalpolitik mit zahlreichen Anti-Teuerungsmaßnahmen und die angesichts umfangreicher vorgesehener EU-Mittel robusten Investitionen werden die Konjunktur in der

Prognoseperiode stützen. Nach der vollständigen Normalisierung im Jahr 2022 dürfte der Tourismus in der Prognoseperiode nur moderat wachsen. In diesem und im nächsten Jahr dürfte das Bruttoinlandsprodukt um 6,5 % bzw. um 2,8 % zunehmen.

Im zweiten Quartal wuchs die Wirtschaftsleistung in **Bulgarien** um 0,8 % im Vorquartalsvergleich und um 4,0 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Dabei lag die Arbeitslosenquote im August mit 4,6 % um 0,4 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Die Inflation erhöhte sich auf 15,0 % im August. Eine geringere Dynamik des privaten Konsums infolge der hohen Inflation und einer Verlangsamung des Kreditwachstums der privaten Haushalte bei steigenden Kreditzinsen dürfte das BIP-Wachstum in der Prognoseperiode dämpfen. Infolgedessen dürfte sich das Bruttoinlandsprodukt in den Jahren 2022 und 2023 um 2,3 % bzw. um 1,8 % erhöhen.

**Russlands** Krieg gegen die Ukraine dauert bereits über sieben Monate an. Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Kriegs und der westlichen Sanktionen sind in der russischen Wirtschaft bereits stark zu spüren. Während sich die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal im Vorjahresvergleich noch um 3,5 % erhöhte, sank sie im zweiten Quartal laut russischem Statistikamt um 4,1 %. Zum Vorquartal schrumpfte das BIP im zweiten Quartal um 1,9 %. Dieser Rückgang ist größtenteils auf die eingeschränkten Technologieimportmöglichkeiten Russlands, die Bauteileknappheit sowie Versorgungsprobleme als Folge der Sanktionen der westlichen Länder und der Entscheidung vieler internationaler Unternehmen, Russland zu verlassen, zurückzuführen. Infolgedessen sanken die Automobilproduktion, die Herstellung von anderen Transportfahrzeugen und von elektrischen Geräten sowie die Produktion der Chemieindustrie kräftig. Andererseits verzeichneten einige Branchen, welche die Produktion auf eine Kriegswirtschaft umgestellt haben, ein starkes Wachstum. Positiv entwickelten sich die Bautätigkeit und die öffentlichen Dienstleistungen. Obwohl die Gasförderung im ersten Halbjahr um 7,0 % gegenüber dem Vorjahresniveau zurückgegangen ist, sind die Einnahmen aus den Gasexporten wegen der hohen Preise stark gestiegen. Um den Ausfall der Ölexporte nach Europa zu kompensieren, wurde mehr Öl nach Indien, China und in die Türkei exportiert und die Exporteinnahmen legten kräftig zu. Gleichzeitig sind die Importe beträchtlich zurückgegangen. Somit war der Beitrag der Nettoexporte zum BIP-Wachstum stark positiv. Da sich der Überschuss in der Leistungsbilanz stark erhöhte und die Devisenbeschränkungen weiter in Kraft sind, erholte sich der Rubelkurs nach dem Einbruch im März und notiert aktuell gegenüber dem US-Dollar sogar höher als vor dem Krieg. Die Inflation betrug im August 14,3 % und die Notenbank hat den Leitzins auf 7,50 % deutlich gesenkt.

Die Wirtschaftslage hat sich gegen Ende des zweiten Quartals stark verschlechtert, und es wird erwartet, dass die Wirtschaft im dritten Quartal tiefer in die Rezession gefallen ist. Im laufenden Jahr dürfte die Wirtschaftsleistung um 5,0 % zurückgehen. Dämpfend

wirken sowohl der private Konsum aufgrund sinkender Realeinkommen als auch, infolge der Abwanderung ausländischen Kapitals, eine schwache Investitionstätigkeit. Die Importe dürften infolge von Sanktionen weiter schrumpfen. Da etwa 80 % der russischen Ölexporte auf dem Seeweg transportiert werden, dürfte eine Umsetzung des von der EU und dem Vereinigten Königreich beschlossenen Versicherungsverbots von Tankschiffen mit russischem Öl bis Ende dieses Jahres Russlands Ölexporte stark bremsen. Im nächsten Jahr könnte die Wirtschaftsleistung einen weiteren Rückgang um 3,5 % verzeichnen.

**Tabelle 3: Internationale Rahmenbedingungen**  
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2019	2020	2021	2022	2023
BIP, real					
Deutschland	1,1	-3,7	2,6	1,4	-0,4
Italien	0,5	-9,0	6,6	3,2	0,5
Frankreich	1,8	-7,8	6,8	2,4	0,8
Vereinigtes Königreich	1,6	-11,0	7,5	3,4	0,1
Schweiz	1,2	-2,5	4,2	2,2	1,0
USA	2,3	-2,8	5,9	1,6	0,7
Japan	-0,4	-4,5	1,7	1,5	1,3
China	6,0	2,2	8,1	3,0	4,5
Polen	4,7	-2,2	5,9	4,0	1,3
Slowakei	2,5	-4,4	3,0	1,8	1,0
Tschechien	3,0	-5,5	3,5	2,5	1,0
Ungarn	4,9	-4,5	7,1	5,3	1,0
Slowenien	3,5	-4,3	8,2	5,0	1,3
MOEL-5 <sup>i</sup>	4,1	-3,5	5,5	3,8	1,2
Bulgarien	4,0	-4,4	4,2	2,3	1,8
Rumänien	4,2	-3,7	5,9	5,3	3,0
Kroatien	3,5	-8,1	10,2	6,5	2,8
Russland	2,2	-2,7	4,7	-5,0	-3,5
Euroraum	1,6	-6,1	5,2	3,1	0,3
NMS-6 <sup>ii</sup>	4,3	-3,6	5,8	4,2	1,6
EU-27	1,8	-5,7	5,3	3,2	0,4
OECD	1,7	-4,6	5,5	2,5	0,7
Welt	2,7	-3,4	5,8	3,0	2,1
Welthandel (Waren laut CPB)	-0,3	-5,2	10,2	4,0	1,7
Österreichische Exportmärkte	2,3	-8,7	9,9	5,5	0,8
USD/EUR-Wechselkurs <sup>iii</sup>	1,12	1,14	1,18	1,04	0,98
Rohölpreis <sup>iii</sup>	64,3	42,8	70,7	100,0	85,0

<sup>i</sup>MOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien

<sup>ii</sup>NMS-6: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Kroatien

<sup>iii</sup>absolute Werte

Quellen: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, Refinitiv Datastream, ab 2022 Prognose des IHS

### 3 Die österreichische Außenwirtschaft

Die **österreichische Außenwirtschaft** entwickelte sich im ersten Halbjahr robust. Mit der Abschwächung der internationalen Konjunktur trübt sich allerdings auch der Ausblick für die Exportwirtschaft ein. Bislang hat der internationale Handel dem Kriegsausbruch in der Ukraine und der damit verbundenen Unsicherheit, den Wirtschaftssanktionen und der Energiekrise getrotzt. Der Welthandel expandierte im zweiten Quartal 2022 um 4,2 % gegenüber dem Vergleichsquartal im Vorjahr.

Die heimischen Warenexporte zeigten im ersten Halbjahr 2022, gestützt durch den internationalen Aufholprozess und den schwachen Euro, eine außerordentlich positive Entwicklung. Der Anstieg der Warenexporte war im zweiten Quartal mit 4,5 % gegenüber dem Vorquartal vergleichbar mit dem Zuwachs im ersten Quartal (4,0 %). Die Vorlaufindikatoren weisen allerdings einheitlich auf eine ausgeprägte Abkühlung im Verlauf der zweiten Jahreshälfte hin, und einige der wichtigsten Handelspartner stehen vor einer Konjunkturabschwung. Durch die äußerst gute Entwicklung im ersten Halbjahr geht das Institut trotz der bevorstehenden Abkühlung von einem Anstieg der Warenexporte um 8,0 % im Jahr 2022 aus. Für das Jahr 2023 wird nur noch ein Anstieg um 1,0 % prognostiziert.

Im Sommer verzeichnete der Tourismus einen Boom. Die Anzahl internationaler Gäste erreichte im August das Niveau des Rekordjahres 2019. Die Nächtigungen ausländischer Gäste stiegen auf 15,2 Millionen und lagen damit um 3,0 % über dem August 2019. Wien hat im Juli mit 1,2 Millionen ausländischen Nächtigungen erstmal seit Dezember 2019 wieder die Millionenmarke überschritten, was von einer Wiederbelebung des Städtetourismus zeugt, der besonders stark unter der Pandemie gelitten hatte. Ein Nachholbedarf nach den Corona-Einschränkungen zeichnet sich ab. Ob sich die Präferenzen, was die Urlaubsziele angeht, nachhaltig durch die Krise verändert haben, ist noch nicht absehbar. Es ist von einer guten Wintersaison auszugehen, auch wenn weitere Preisanstiege in der Beherbergung und Gastronomie zu erwarten sind. Für die Reiseverkehrsexporte wird im laufenden Jahr ein Anstieg um 95,0 % und im Jahr 2023 um 20,0 % erwartet. Insgesamt dürften die realen Exporte i.w.S. laut VGR im Jahr 2022 um 10,9 % und im Jahr 2023 um 1,9 % wachsen.

Die Importe wurden im ersten Halbjahr durch die gute Inlandskonjunktur angetrieben. Für das Gesamtjahr erwartet das Institut ein Wachstum der realen Importe i.w.S. laut VGR von 6,9 % und für 2023 wird ein Anstieg von 1,6 % prognostiziert. Der Preisauftrieb der Energieimporte verursacht einen deutlichen Anstieg des Preisindex für Warenimporte. Für den Preisindex für Importe i.w.S. laut VGR wird für das gesamte Jahr ein Anstieg von 9,4 % und für das Folgejahr von 1,7 % erwartet.

## 4 Perspektiven der Inlandskonjunktur

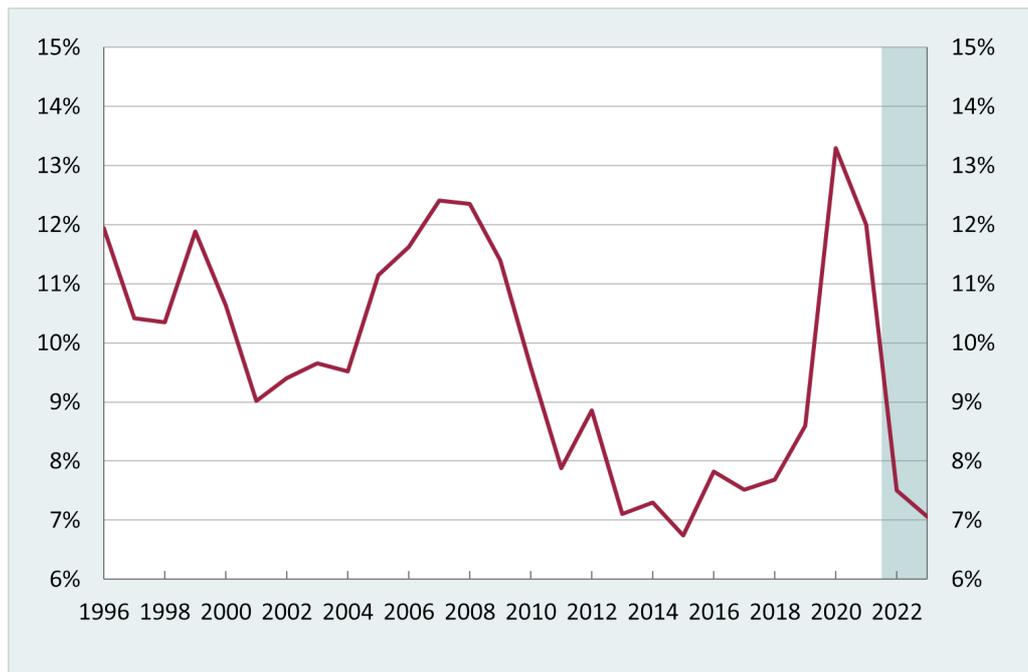
Die österreichischen Haushalte sind bemüht, ihren inflationsbedingten Einkommenseinbußen zum Trotz eine ihren Ansprüchen gemäße Konsumtätigkeit durchzusetzen. Bei der Verfolgung dieses Ziels erweisen sich die während der Pandemie und den damit verbundenen Lockdowns unfreiwillig aufgebauten Rücklagen als nützlich. In der Sommer-Prognose ging das Institut noch von heuer leicht expandierenden verfügbaren Realeinkommen aus, die mittlerweile beobachtete Verstetigung der Inflation hat Hoffnungen auf eine baldige Beruhigung der Preisdynamik jedoch zunichte gemacht.

Der starke Preisauftrieb lässt im laufenden Jahr bei den monatlich ausgewiesenen Nachfrageindikatoren im Bereich Dienstleistungen sowie Einzelhandel die nominelle und reale Entwicklung stark auseinanderklaffen. Die nur nominell verfügbaren Dienstleistungen verzeichneten zu Beginn des Jahres außerordentlich hohe Wachstumsraten im Jahresvergleich, da sie im Vorjahr noch von Corona-Restriktionen stark eingeschränkt waren. Die von der Pandemie wenig betroffenen Einzelhandelsumsätze expandierten im ersten Halbjahr immerhin nominell um mehr als 7 % gegenüber dem Vergleichszeitraum im vergangenen Jahr. Nach Inflationsbereinigung schrumpft dieser Wert jedoch auf magere 0,2 %. Für das zweite Quartal wurde sogar ein realer Rückgang der Einzelhandelsumsätze gemeldet. Die Aussichten über weitere Entwicklungen, insbesondere bei den direkten und indirekten Auswirkungen der russischen militärischen Aggression gegen die Ukraine, haben sich mittlerweile weiter eingetrübt. In diesem Zusammenhang wird international derzeit von schlechter Konsumstimmung gesprochen, in Österreich überwiegt aber Ausgabenfreude, vielleicht gerade in Erwartung weiterer möglicher Verschlechterungen. Sogar die seit längerem flauere Aktivität bei den PKW-Neuzulassungen zeigt in manchen Monaten positive Ausreißer.

Gegenüber der Sommer-Prognose wird die Haushaltsnachfrage ein wenig stärker eingeschätzt, gestützt auf vorliegende Quartalswerte. Der **Konsum der privaten Haushalte** wächst heuer inflationsbereinigt um 4,8 %. Dies ist eine für dieses Nachfrageaggregat sehr hohe Wachstumsrate, allerdings sind die coronabedingten Einschränkungen in den Vorjahren zu berücksichtigen. Die real verfügbaren Haushaltseinkommen schrumpfen im laufenden Jahr um 0,6 %. Die Haushalte entsparen also kräftig. Die nunmehr als hartnäckiger einzuschätzende Teuerung führt dazu, dass trotz Inflationsabgeltung bei den Lohnabschlüssen die Realeinkommen im kommenden Jahr neuerlich um 0,3 % sinken. Dies bedeutet, dass das Niveau der Realeinkommen aus dem Jahr 2019, also vor der Pandemie, vorderhand außer Reichweite ist. Im laufenden Jahr stehen den Haushalten real um 1,4 % weniger zur Verfügung als 2019. Der Verlust

während der Pandemie, vor allem 2020, konnte also bislang nicht vollständig kompensiert werden. Andererseits werden die Konsumausgaben im nächsten Jahr das Niveau von 2019 annähernd wieder erreichen. Aus einzelnen Kategorien, etwa aus der touristischen Nachfrage, werden ja schon Rekordwerte jenseits des Niveaus vor der Pandemie gemeldet. Die stärker konsumwirksamen Lohneinkommen und die Gewinneinkommen wachsen 2022 annähernd im Gleichschritt. Im Jahr 2023 werden die Gewinneinkommen nominell nur mehr wenig zunehmen, inflationsbereinigt deutlich zurückgehen. Die Konsumausgaben orientieren sich dann an den stärker wachsenden Lohneinkommen. Das reale Konsumwachstum von 0,3 % im kommenden Jahr wirkt schwach, ist aber im Vergleich zur Einkommensdynamik zu sehen. Es reicht aus, um die Rückführung der Haushaltssparquote auf das vor der Pandemie übliche Niveau zu vollenden. Allerdings bewerkstelligt auch diese recht ausgabenfreudige Zeit keine volle Neutralisierung der durch die Pandemie erhöhten Geldvermögen; es überlebt also eine Reserve von Ersparnissen.

**Abbildung 9: Sparquote der privaten Haushalte**



Quellen: Statistik Austria, ab 2022 Prognose des IHS

Abbildung 9 zeigt die längerfristige Entwicklung der **Haushaltssparquote** und lässt unregelmäßige Zyklen erkennen. Im Zeitraum vor der Pandemie haben die Haushalte tendenziell Zurückhaltung bei Ausgaben geübt und die Sparquote aufgebaut. Die deutlichen Realeinkommenszuwächse dieser Jahre boten genügend Spielraum, um Sparziele und Anschaffungspläne gleichzeitig zu verfolgen. Das Jahr 2020 hat zu massivem Zwangssparen in Folge der pandemiebedingten Konsumbeschränkungen und

zu einem Spitzenwert von über 13 % geführt. Im Vorjahr ließen die Behinderungen nach, die Haushalte nahmen ihre Konsumaktivität wieder auf und bauten die Haushaltssparquote etwas ab. In den beiden Prognosejahren kehrt diese Kenngröße mit Werten von 7,5 % und 7,1 % schrittweise zu ihrem Normalwert zurück.

Das im Vergleich kleine Nachfrageaggregat **Eigenverbrauch privater Dienste ohne Erwerbscharakter** stagnierte im Vorjahr, wird aber im Prognosezeitraum wieder etwas expandieren. Für das laufende Jahr ist mit einem Wachstum um 2,5 % zu rechnen, im nächsten Jahr um 2,0 %. Unter Einschluss dieser Non-Profit-Dienste ergeben sich für den privaten Konsum insgesamt reale Wachstumsraten von 4,7 % und 0,3 % in den beiden Prognosejahren.

Nach einem kräftigen, durch die Erholung von der Coronakrise getriebenen Wachstum um 11,3 % im vergangenen Jahr sind die **realen Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen** im ersten Halbjahr 2022 um 4,3 % im Jahresabstand gesunken. Die besonders volatilen Anschaffungen von Fahrzeugen brachen um 30,2 % ein, aber auch die Investitionen in Ausrüstungen der Informations- und Kommunikationstechnologie (-6,5 %) sowie die Käufe anderer Maschinen und Ausrüstungen (-2,7 %) waren rückläufig. Einzig die wenig konjunkturereagiblen Investitionen in geistiges Eigentum übertrafen im ersten Halbjahr ihren Vorjahresstand um knapp 6 %. In saisonbereinigter Betrachtung waren die Ausrüstungsinvestitionen im zweiten Quartal rückläufig. Die Investitionen in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge sanken sogar im ersten und im zweiten Quartal.

Aufgrund der drastisch verschlechterten Rahmenbedingungen ist für das dritte Quartal und das Winterhalbjahr mit einem weiteren Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen zu rechnen. Erst im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums dürfte sich die Sachkapitalbildung allmählich erholen. Diese Einschätzung wird durch die Produktions- und Auftragssituation in der Industrie gestützt. So äußerten in der Konjunkturumfrage der Industriellenvereinigung zwar etwas mehr Unternehmen die Erwartung einer steigenden Produktionstätigkeit in den kommenden drei Monaten, aber nach einem deutlichen Rückgang in der vorangegangenen Erhebung (Abbildung 10). Auch die ungünstigere Beurteilung der Auftragsbestände lässt auf eine geringere Produktion und damit wenig Bedarf an neuen Produktionskapazitäten schließen. Die nach wie vor hohe Kapazitätsauslastung (Abbildung 11) deutet ebenfalls darauf hin, dass in den kommenden Monaten allenfalls in die Erneuerung, aber kaum in die Erweiterung des Kapitalbestands investiert werden dürfte. Zudem hat sich das Finanzierungsumfeld für die Investitionen deutlich verschlechtert. Mit der Zinswende durch die Europäische Zentralbank, aber auch bereits zuvor wegen der hohen Inflation sind die langfristigen Zinssätze gestiegen. Sinkende Gewinnerwartungen haben zu einem Rückgang der Aktienkurse geführt. Angesichts steigender Kreditausfallrisiken haben zudem die Banken

gemäß der quartalsweisen Umfrage zum Kreditgeschäft (*bank lending survey*) ihre Kreditangebotspolitik im Unternehmenskundengeschäft restriktiver gestaltet, und weitere Verschärfungen sind absehbar. Auch die hohe Unsicherheit bremst die Investitionen. Alles in allem erwartet das Institut, dass die Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen im heurigen Jahr um 3,5 % sinken. Damit erreichen sie wieder das Niveau aus dem Jahr 2019, also vor der Corona-Pandemie. Mit der erwarteten Konjunkturerholung sollten die Ausrüstungsinvestitionen im kommenden Jahr um 2,0 % expandieren.

**Abbildung 10: Beurteilung der Auftragsbestände und der Produktionstätigkeit der nächsten drei Monate**

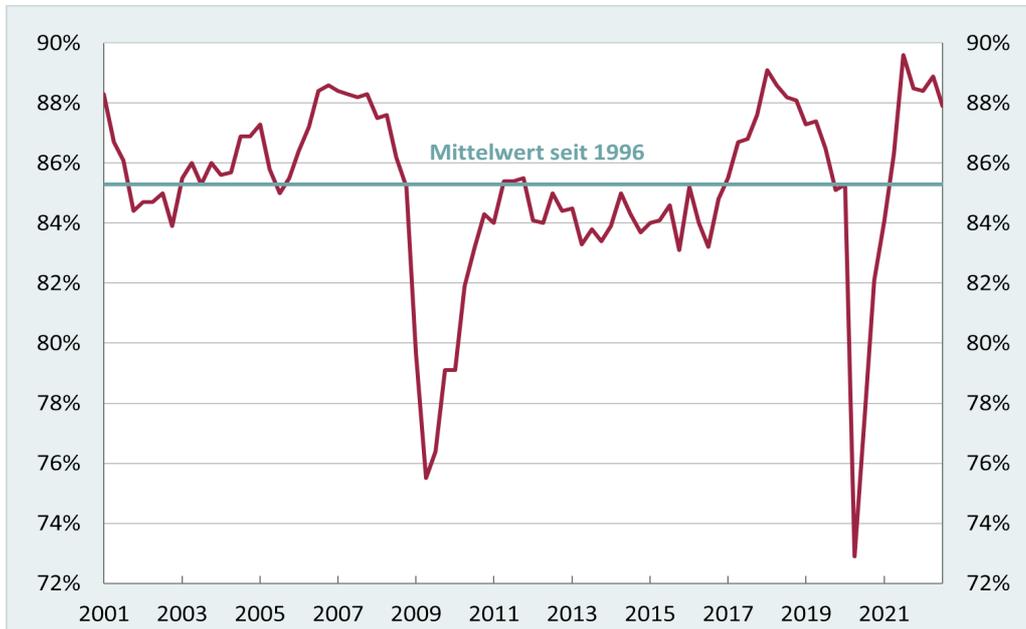
*Saldo aus positiven und negativen Antworten*



Quelle: Industriellenvereinigung

Die vorangegangene Verteuerung der Industrierohstoffe sowie der Vor- und Zwischenprodukte macht sich im Preisindex der Ausrüstungsinvestitionen bemerkbar. Im Vorjahresvergleich beschleunigte sich sein Anstieg von 1,9 % im zweiten Halbjahr des vergangenen Jahres auf 3,7 % im ersten Halbjahr 2022. In saisonbereinigter Betrachtung flachte sich der Preisauftrieb im zweiten Quartal etwas ab, was wohl eine Folge der leichten Entspannung bei den Rohstoffpreisen wie Metallen im Zuge der weltweiten Konjunkturabkühlung war. Vor diesem Hintergrund erwartet das Institut, dass der Preisindex der Ausrüstungsinvestitionen im heurigen Jahr um 4,0 % und im kommenden Jahr um 2,0 % steigen wird.

**Abbildung 11: Kapazitätsauslastung in der österreichischen Industrie  
saisonbereinigt**



Quelle: Europäische Kommission

Die **realen Bauinvestitionen** stagnierten im ersten Halbjahr auf dem Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Ein Rückgang beim Wohnbau um 3,1 % wurde durch einen Anstieg der sonstigen Bauinvestitionen um 2,6 % ausgeglichen. Im zweiten Quartal gingen die Wohnbauinvestitionen um 1,4 % und die sonstigen Bauinvestitionen um 0,6 % gegenüber dem Vorquartal zurück. Auch für die Bauinvestitionen haben sich die Aussichten eingetrübt. Die Konjunkturabschwächung verringert den Bedarf der Unternehmen, in neue Büro- oder Fabrikgebäude zu investieren. Die Realeinkommenseinbußen im Zuge der hohen Inflation drücken auf die Wohnbauinvestitionen. Zudem hat sich das Finanzierungsumfeld verschlechtert. Bei den Krediten für Wohnbauzwecke ist der durchschnittliche Zinssatz von 1,18 % im Jänner auf 1,76 % im Juli gestiegen. Dieser Anstieg dürfte mit der antizipierten Straffung der Geldpolitik sowie mit verschärften regulatorischen Anforderungen für Wohnbaukredite im Zusammenhang stehen. Vor dem Hintergrund der Einführung verbindlicher Mindestvergabestandards bei Wohnbaukrediten und des steigenden Kreditausfallrisikos berichteten die Banken im *bank lending survey* auch von einer Verschärfung der Kreditvergaberichtlinien im zweiten Quartal 2022. Für das dritte Quartal erwarten die Banken weitere deutliche Verschärfungen der Richtlinien. Gestützt wird der Wohnbau dadurch, dass die starke Verteuerung von Energieträgern die thermische Sanierung von Gebäuden fördert. Angebotsengpässe führen hier aber vor allem zu steigenden Kosten und kurzfristig nur in geringem Umfang zu zusätzlichen realen Investitionen. Auch die

öffentlichen Bauinvestitionen werden sich wohl schwach entwickeln. Die Transfers an die privaten Haushalte zur Abfederung der Folgen der hohen Inflation belasten die öffentlichen Haushalte. Dies dürfte dazu führen, dass Bund, Länder und Gemeinden bei den Investitionen zurückhaltender agieren werden. Alles in allem dürften die Bauinvestitionen im Durchschnitt des laufenden Jahres um 1,0 % zurückgehen und im kommenden Jahr um 1,0 % ausgeweitet werden.

Der Anstieg der Baupreise hat sich weiter beschleunigt. Im ersten Halbjahr waren sie um 9,3 % höher als im gleichen Vorjahreszeitraum. Dieser Anstieg ging fast ausschließlich auf den Hochbau zurück, denn in diesem Segment stiegen die Preise um 15,0 %, nach 10,9 % im zweiten Halbjahr 2021. Im Tiefbau verringerte sich der bereits relativ schwache Preisauftrieb von 1,2 % in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres auf 1,0 % im ersten Halbjahr 2022. Der Deflator der Bauinvestitionen nahm in den ersten sechs Monaten des heurigen Jahres um 11,0 % zu, nach 8,0 % im zweiten Halbjahr 2021. In saisonbereinigter Betrachtung stieg der Bauinvestitionsdeflator im ersten Quartal 2022 um 2,6 % und im zweiten Quartal um 3,9 %. Bei den Baukosten zeigt sich im Juli und August eine Entspannung, wohl im Zusammenhang mit dem leichten Rückgang der Rohstoffpreise. Daher dürfte sich der Anstieg des Preisindex der Bauinvestitionen von 11,0 % im laufenden Jahr auf 6,5 % im kommenden Jahr abschwächen.

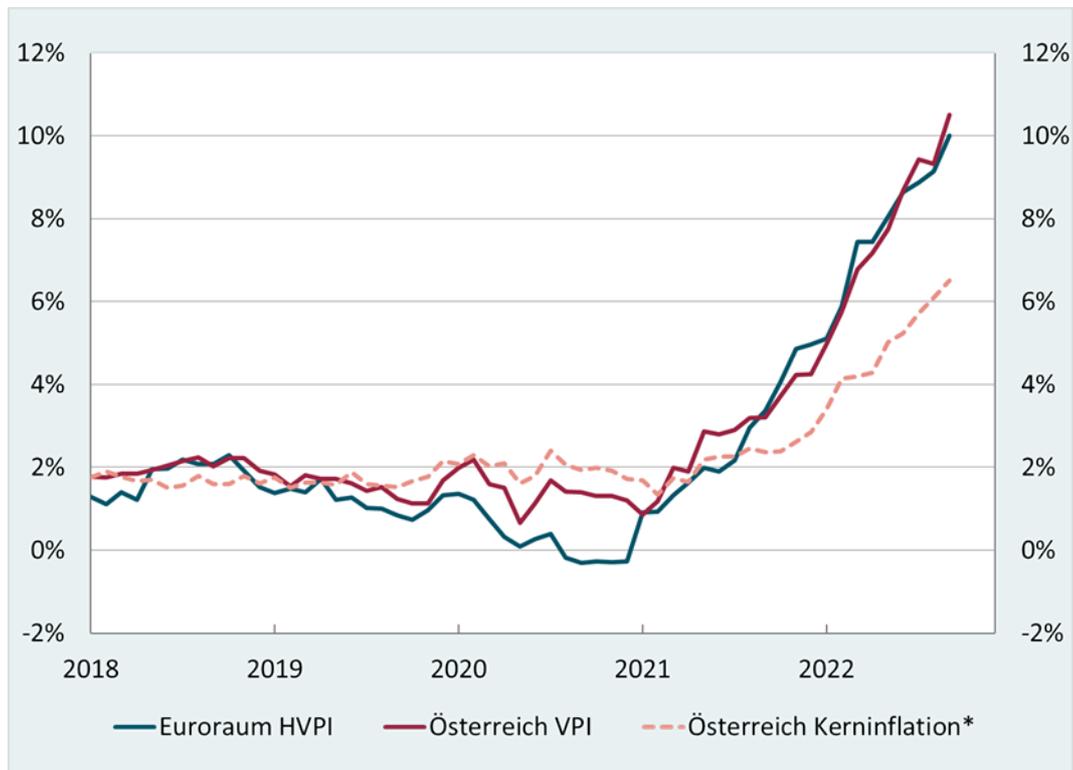
Aus der Prognose der Ausrüstungs- und der Bauinvestitionen ergibt sich für die **Bruttoanlageinvestitionen** ein Rückgang um 2,3 % im laufenden und ein Anstieg um 1,5 % im kommenden Jahr. Die Investitionsquote, gemessen als Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am nominellen BIP, dürfte im heurigen Jahr von 26,5 % auf 25,3 % sinken und im kommenden Jahr marginal steigen. Damit sollte sie am Ende des Prognosezeitraums um einen halben Prozentpunkt höher als im Jahr 2019, also vor der Corona-Pandemie, sein. Die gesamten realen **Bruttoinvestitionen** (Anlageinvestitionen plus Lagerbestandsveränderungen) dürften in diesem Jahr um 2,8 % sinken und im kommenden Jahr um 0,5 % zulegen.

Das kräftige nominelle Wachstum sowie die diskretionären wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Abfederung der Folgen der hohen Inflation prägen die Lage **der öffentlichen Haushalte** im Prognosezeitraum. Gegenwärtig erwartet das Institut ein Defizit von 3,3 % des BIP für das laufende Jahr. Im kommenden Jahr könnte die Defizitquote 2,7 % betragen. Die Budgetprognose ist weiterhin mit hoher Unsicherheit behaftet. Das Budget für das kommende Jahr liegt noch nicht vor. Die hohe Inflation führt zwar zu partiell höheren Einnahmen (etwa bei der Umsatzsteuer), allerdings steigen, allenfalls etwas verzögert, auch die staatlichen Ausgaben, etwa für Lohnzahlungen oder für die Valorisierung der Sozialausgaben. Die Höhe der Ausgaben für die Strompreisbremse hängt von der Entwicklung der Energiepreise ab.

Im ersten Halbjahr 2022 ist das Abgabenaufkommen (insbesondere bei der Umsatz-, Lohn- und Körperschaftsteuer) deutlich gestiegen, wobei allerdings der insbesondere zu Beginn des Jahres noch niedrige Vorjahreswert zu beachten ist. Aufgrund der deutlich geringeren coronabedingten Subventionen waren die Auszahlungen rückläufig. Im weiteren Prognosezeitraum werden die diskretionären Maßnahmen zur Abfederung der Teuerung und die inflationsbedingten Mehraufwendungen das Budget spürbar belasten. Zusätzliche Ausgaben würden vom Institut sehr kritisch gesehen. Die von den stark steigenden weltweiten Energiepreisen verursachte Inflation führt zu Wohlstandsverlusten im Inland. Binnenwirtschaftliche Maßnahmen können nur dazu beitragen, die gesamtwirtschaftlichen Verluste gerechter zu verteilen. Daher sind jene Maßnahmen sinnvoll, die auf die soziale Treffsicherheit Bedacht nehmen und Haushalte, die bereits von Armut betroffen bzw. von dieser bedroht sind, besonders unterstützen. Durch die systematische Abschaffung der kalten Progression wird eine inflationsbedingte steuerliche Mehrbelastung des Faktors Arbeit in der Zukunft verhindert.

Mittelfristig implizieren die Alterung der Bevölkerung, notwendige Infrastrukturausgaben für die Klimawende und der Anstieg der langfristigen Zinsen zusätzliche Ausgaben für die öffentliche Hand. Im Rahmen einer umfassenden wirtschaftspolitischen Strategie sollten Wachstumspotenziale gehoben werden. Die gegenwärtige Budgetstruktur ist nicht optimal, zukunftsorientierten produktivitätserhöhenden Bereichen, wie Bildung, Digitalisierung und Forschung, sollte eine höhere Priorität zukommen.

Die **Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten** sind im Schnitt des ersten Halbjahrs 2022 um 4,7 % gestiegen, während die Tariflöhne um 2,7 % zulegen. Für den Jahresdurchschnitt 2022 geht das Institut von einem Anstieg der Effektivlöhne um 4,5 % aus. Berücksichtigt man den Kaufkraftverlust aufgrund der hohen Preissteigerungen, sinken die Reallöhne im laufenden Jahr um knapp 4 %. Die hohen Teuerungsraten prägen auch die Lohnverhandlungen und dürften sich in weiterer Folge in höheren Löhnen niederschlagen. Für nächstes Jahr geht das Institut daher von einem Lohnzuwachs von 7,3 % aus, was die Reallöhne (brutto) um knapp 1 % ansteigen lässt. Die Abschaffung der kalten Progression stützt die Einkommensentwicklung zusätzlich.

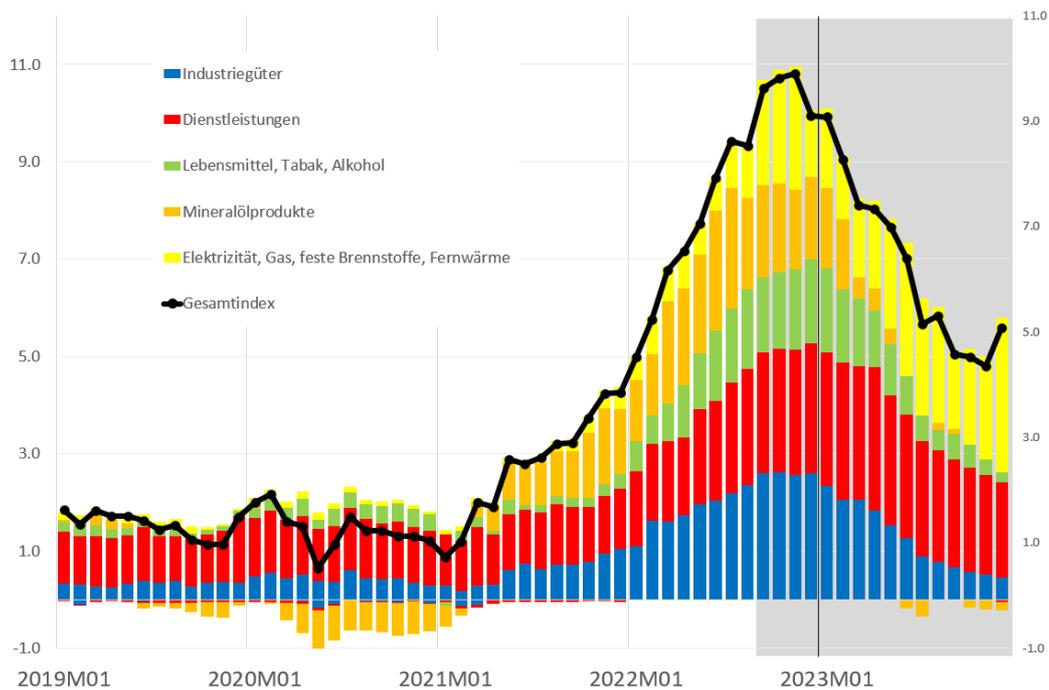
**Abbildung 12: Inflation in Österreich und im Euroraum**

\*Inflation ohne Nahrungsmittel und Energie in Österreich  
 Quellen: Eurostat, Statistik Austria, eigene Berechnungen

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hält weiter an. Befürchtungen, dass der Kreml die Gaslieferungen nach Europa reduzieren wird, haben sich materialisiert. So sind insbesondere die Gas- und damit auch die Strompreise an den Märkten seit der Sommerprognose stark gestiegen. Die Inflationsrate (VPI) ist gemäß Schnellschätzung der Statistik Austria im September auf voraussichtlich 10,5 % geklettert. Mittlerweile hat die von den Energiepreisen losgetretene Teuerungswelle auch alle anderen Bereiche des Warenkorb erfasst. So weist die Kerninflationsrate bereits einen Wert von 6,5 % auf. Im weiteren Verlauf werden von Seiten der Rohölpreise keine weiteren Impulse erwartet. Die Preisnotierungen sind bereits wieder niedriger als zu Kriegsbeginn. Während bei Kraftstoffen die Kostenweitergabe an die VerbraucherInnen sehr zeitnah geschah, dürfte dieser Prozess bei Gas und Strom aufgrund vertraglich zugesicherter Preisgarantien noch länger andauern. Maßnahmen wie insbesondere das Stromkostenzuschussgesetz („Stromkostenbremse“) wirken sich mit Einführung im Dezember preisdämpfend aus und dürften, abhängig von der Entwicklung der Strompreise, die Inflationsrate im weiteren Verlauf um einen bis zwei Prozentpunkte senken. Mit dem Basiseffekt bei den Kraftstoffpreisen im März kommenden Jahres werden dann auch die Inflationsraten merklich niedriger sein. In manchen

Dienstleistungsbereichen dürfte sich die Abschwächung des Preisauftriebs allerdings noch hinziehen, da in lohnintensiven Bereichen hohe Tarifabschlüsse an die KonsumentInnen weitergereicht werden dürften oder etwa die Mieten aufgrund der Indexierung erst zeitlich versetzt ansteigen dürften. In der Gesamtbetrachtung geht das Institut für das laufende Jahr von einer Inflation von 8,5 % aus. Im nächsten Jahr dürfte die Teuerung 6,8 % betragen.

**Abbildung 13: Beiträge der Komponenten zur Inflation in Österreich**  
Inflationsrate in Prozent; Inflationsbeträge in Prozentpunkten



Prognose basiert auf Subaggregaten des VPI; es kann zu Rundungsdifferenzen bei Summenbildung kommen.  
Quellen: Statistik Austria, ab September 2022 Prognose des IHS

Die Inflation in Österreich liegt etwa gleichauf mit jener im Euroraum. Das sollte aber nicht über gegenläufige Entwicklungen auf disaggregierter Ebene hinwegtäuschen. Während Dienstleistungen und Industriegüter stärker als im Euroraum zur Inflation beitragen, fällt vor allem der Beitrag der Energiepreise zur österreichischen Inflationsrate, insbesondere aufgrund des geringeren Gewichts der Energie im Index, kleiner aus. Für den Euroraum geht das Institut von Inflationsraten von 9,0 % im Jahr 2022 und 8,0 % im Jahr 2023 aus.

Im August lag die Zahl der Aktiv-**Beschäftigten** um 72.000 Personen bzw. 1,9 % über dem Vergleichswert des Vorjahres. In sektoraler Betrachtung legten der Dienstleistungsbereich und die Sachgüterproduktion um 2,0 % zu, am Bau betrug der Zuwachs 0,5 %. Die stärksten Anstiege verzeichneten die Bereiche

Information/Kommunikation (6,3 %), Beherbergung/Gastronomie (5,3 %), Elektro/Elektronik (4,7 %), Erziehung/Unterricht (3,7 %) und die wirtschaftsnahen Dienstleistungen (3,0 %). Beschäftigungsverluste gab es in den Bereichen Textil (-1,4 %) und Herstellung von Glas/Möbel (-0,5 %).

Die Dynamik bei den offenen Stellen hat sich zwar etwas abgeschwächt, lässt allerdings auch für die kommenden Monate noch eine belebte Beschäftigungsnachfrage erwarten. Für den Jahresdurchschnitt 2022 ergibt sich somit ein Anstieg der Aktiv-Beschäftigung von 2,8 %. Aufgrund der deutlichen Abschwächung der Konjunktur dürfte der Beschäftigungszuwachs 2023 auf 0,4 % zurückgehen.

Ende August lag die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen um 37.000 Personen bzw. 10,9 % unter dem Vorjahresniveau. Nach den kräftigen Rückgängen hat sich die Arbeitslosenzahl stabilisiert und steigt in saisonbereinigter Betrachtung seit Mai sogar marginal an. Der Abbau der Arbeitslosigkeit im Jahresvergleich erfolgte aus sektoraler Sicht recht breitflächig und ohne geschlechtsspezifische Unterschiede.

Die Abkühlung am Arbeitsmarkt dürfte sich in den kommenden Monaten fortsetzen und aufgrund der schwachen konjunkturellen Dynamik dürfte die Arbeitslosenzahl im kommenden Jahr auch im Vorjahresvergleich wieder zulegen. Insgesamt erwartet das Institut im Jahresdurchschnitt 2022 einen Bestand von 266.000 als arbeitslos vorgemerkten Personen, also einen Rückgang um 66.000 Personen gegenüber dem Vorjahr. Im kommenden Jahr dürfte die Arbeitslosenzahl auf durchschnittlich 280.000 Personen steigen. Ausgehend von 8,0 % im Vorjahr wird die Arbeitslosenquote im laufenden Jahr somit auf 6,4 % fallen und im Jahresdurchschnitt 2023 wieder auf 6,7 % ansteigen. Für die Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition werden im Prognosezeitraum Werte von 4,7 % bzw. 4,9 % erwartet.

**Tabelle 4: Arbeitsmarktentwicklung Jänner bis August 2022***Veränderungen gegenüber dem Vorjahr*

	in Köpfen	in Prozent
Beschäftigte	126.427	3,3 %
Männer	65.498	3,2 %
Frauen	60.930	3,5 %
Aktiv-Beschäftigte <sup>i</sup>	127.525	3,4 %
Primärer Sektor	1.248	1,6 %
Sachgüterproduktion	13.405	2,2 %
Bau	6.002	2,1 %
Dienstleistungssektor	106.854	3,9 %
Arbeitslose gesamt	-89.120	-25,3 %
Männer	-44.848	-23,4 %
Frauen	-44.272	-77,5 %
Personen in Schulungsmaßnahmen des AMS	-679	-1,0 %

<sup>i</sup> ohne Personen mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis, die Kindergeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten  
 Quellen: Dachverband der Sozialversicherungsträger, AMS, eigene Berechnungen

Bei der vorliegenden Arbeitsmarktprognose bestehen Abwärtsrisiken. Historisch gesehen führten konjunkturelle Stagnationsphasen oft zu merklichen Anstiegen der Arbeitslosenquote. Dagegen sprechen in der gegenwärtigen Situation aber die hohe Anzahl der offenen Stellen und das nur verhalten wachsende Arbeitskräfteangebot. Weiterhin wird angenommen, dass es zu keinen spürbaren wirtschaftlichen Belastungen durch Corona oder zu einer Energiekrise kommt.

Die demografische Entwicklung könnte die Personalrekrutierungsprobleme der Unternehmen weiter verschärfen. Vor dem Hintergrund des bestehenden qualifikatorischen Mis-Matches am Arbeitsmarkt erscheint ein noch stärkerer Fokus auf die (Re-)Qualifizierung der Arbeitslosen angebracht. Weitere Anreize zur Erhöhung der geografischen Mobilität sind wohl auch erforderlich. Eine degressivere Ausgestaltung der Arbeitslosenversicherung könnte die Arbeitsanreize etwas erhöhen, wird aber vermutlich eher wenig dazu beitragen, das Niveau der Langzeitarbeitslosigkeit zu senken. Eine Stärkung der präventiven Komponente der Arbeitsmarktpolitik wäre aus Sicht des Instituts angeraten. So könnten Reformen im Bildungsbereich zukünftigen Arbeitsmarktproblemen vorbeugen.

Verstärkte Anstrengungen zur raschen Integration von ukrainischen Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt sind sinnvoll. Generell sollte eine Verbesserung der Kinderbetreuungseinrichtungen helfen, ein zusätzliches Arbeitskräftepotenzial, auch in Hinblick auf die Arbeitsstunden, zu heben. Das Instrument der Kurzarbeit war in der Corona-Pandemie erfolgreich, ist aber nicht für die Bekämpfung längerfristiger wirtschaftlicher Probleme, die aufgrund der hohen Energiekosten entstehen, geeignet. Vielmehr könnten durch Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik die Reallokation von Arbeitskräften gefördert werden, beispielsweise durch Umschulungen zu Fachkräften im Bereich der erneuerbaren Energien.

## 5 Monetäre Prognose

Aufgrund der global anziehenden Inflation sind die Leitzinsen weiter angehoben worden, und nun hat auch die Europäische Zentralbank (EZB) die Zinswende eingeleitet. In den vergangenen beiden geldpolitischen Sitzungen des EZB-Rats wurden die Leitzinsen um 0,5 bzw. 0,75 Prozentpunkte angehoben. Damit liegt der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte im Euroraum bei 1,25 %, in den USA beträgt das Zielband für Taggeld 3 % bis 3,25 % und im Vereinigten Königreich liegt der Repo-Satz bei 2,25 %. Noch vor Ende des Jahres werden weitere Zinserhöhungen der Notenbanken erwartet. Die Inflation im Euroraum, gemessen am Anstieg des HVPI, ist zuletzt auf hohem Niveau weiter gestiegen und betrug im August 9,1 %. Diese Inflationsrate liegt deutlich über der Zielmarke der EZB von 2 % und es wird auch weiterhin von kräftigen Preissteigerungen ausgegangen. Für die Jahresdurchschnitte 2022 und 2023 erwartet das Institut für den Euroraum Inflationsraten von 9,0 % bzw. 8,0 %.

**Tabelle 5: Leitzinsen**

	Europäische Zentralbank	Federal Reserve	Bank of England	Schweizerische Nationalbank	Bank of Japan
Ende 2019	0	1,5 – 1,75	0,75	–0,75	–0,1
Ende 2020	0	0 – 0,25	0,10	–0,75	–0,1
Ende 2021	0	0 – 0,25	0,25	–0,75	–0,1
3.10.2022	1,25	3 – 3,25	2,25	0,5	–0,1

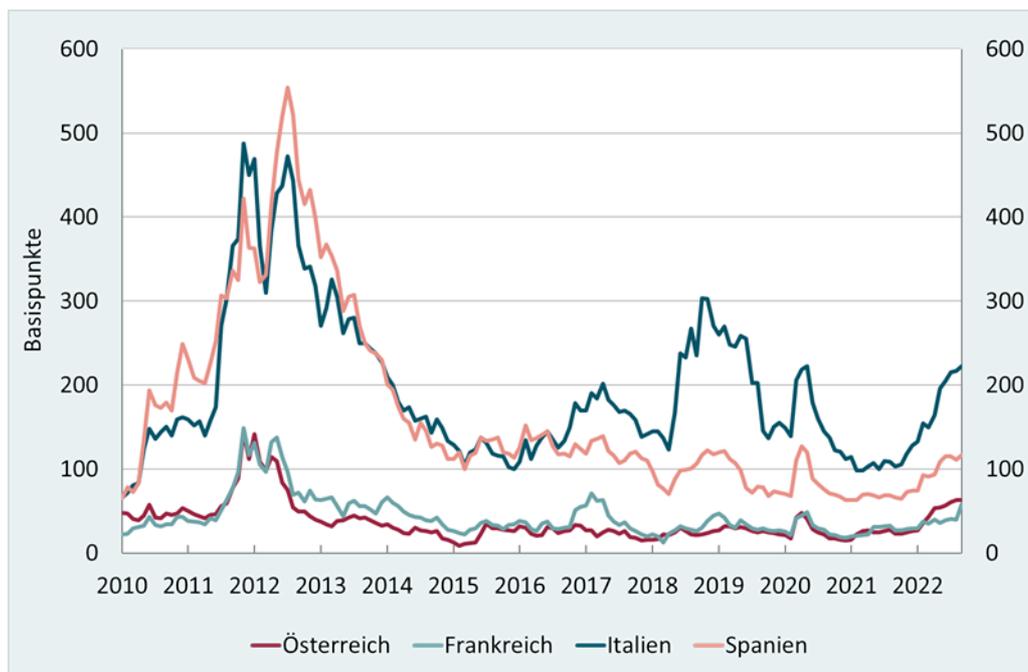
Quellen: Nationale Zentralbanken, Refinitiv Datastream

Nach ihren Leitzinsanhebungen im Juli und September hat die EZB weitere Zinserhöhungen für das laufende Jahr in Aussicht gestellt. Zuvor waren bereits die Nettoankäufe im Rahmen des herkömmlichen Ankaufprogramms (APP) und des Pandemie-Notfallprogramms (PEPP) beendet worden. Die Wiederveranlagungen in diesen Programmen laufen allerdings weiter, jene im APP noch geraume Zeit und jene im PEPP noch bis mindestens Ende 2024. Bei den Wiederveranlagungen wurde im PEPP zuletzt die Flexibilität bzgl. der Länder (Abweichungen vom Kapitalschlüssel der EZB) genutzt und es wurden verstärkt Anleihen von Italien, Spanien und Griechenland gekauft. Insgesamt betragen die gegenwärtigen Investitionen im Rahmen des APP und PEPP rund 3.260 bzw. 1.700 Mrd. Euro. Um eine gleichmäßige Transmission der Leitzinserhöhungen in allen Mitgliedsländern des Euroraums sicherzustellen und ein übermäßiges Auseinanderlaufen der Renditespreads zwischen den Ländern zu verhindern, wurde das neue Transmissionsschutzinstrument TPI eingeführt, das vom EZB-Rat in Abhängigkeit von mehreren Voraussetzungen bei „ungerechtfertigten und ungeordneten Marktdynamiken“ eingesetzt werden kann und konjunkturstabilisierend wirken dürfte.

Die Geldmarktzinsen im Euroraum sind zuletzt im Einklang mit den höheren Leitzinsen gestiegen und der 3-Monats-Euribor notierte im Durchschnitt des dritten Quartals bei 0,5 %. Damit ist er gegenüber dem Vorquartal und dem Vorjahresquartal um rund 80 bzw. 100 Basispunkte gestiegen. Für den Prognosezeitraum erwartet das Institut im Einklang mit der Zinspolitik der EZB steigende Geldmarktzinsen. Der 3-Monats-Euribor sollte in den Jahren 2022 und 2023 durchschnittlich 0,3 % bzw. 3,3 % betragen und somit nach sieben Jahren durchschnittlich negativer Werte wieder in den positiven Bereich zurückkehren.

Die Renditen von Staatsanleihen steigen seit vergangenem Dezember. Im dritten Quartal 2022 notierten österreichische und deutsche Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren zu durchschnittlich 1,9 % bzw. 1,3 %. Dies bedeutet einen Anstieg der Renditen um rund 30 bzw. 20 Basispunkte im Vergleich zum Vorquartal und einen noch kräftigeren Anstieg um 210 bzw. 170 Basispunkte im Vergleich zum Vorjahresquartal.

**Abbildung 14: Renditeabstände zehnjähriger Staatsanleihen gegenüber Deutschland**



Quellen: Refinitiv Datastream, eigene Berechnungen

Deutsche Bundesanleihen gelten als die sichersten Papiere im Euroraum, was den Druck auf die Renditen dieser Papiere hochhält und gleichzeitig bedeutet, dass die Staatsanleihen aller anderen Euroraum-Länder höhere Renditen aufweisen. Seit November des Vorjahres haben sich die Spreads (Renditeabstände) gegenüber Deutschland ausgeweitet (Abbildung 14). Das Institut rechnet damit, dass die Renditeniveaus von Staatsanleihen im Einklang mit der Erwartung höherer Leitzinsen und Inflation in der

Prognoseperiode ansteigen. Für die Jahre 2022 und 2023 wird für österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren eine durchschnittliche Rendite von 1,8 % bzw. 3,2 % prognostiziert.

Im Durchschnitt des dritten Quartals 2022 betrug der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar 1,01 USD/EUR. Damit hat der Euro weiter abgewertet, und zwar sowohl gegenüber dem Vorquartal (-5,5 %) als auch gegenüber dem Vorjahresquartal (-14,6 %). Für die Jahre 2022 und 2023 erwartet das Institut durchschnittliche Jahreskurse von 1,04 USD/EUR bzw. 0,98 USD/EUR.

Die Prognose des Instituts zur Entwicklung verschiedener Einlagekategorien und des vergebenen Kreditvolumens von in Österreich meldepflichtigen Kreditinstituten in den Jahren 2022 und 2023 fällt wie folgt aus. Die gesamten Einlagen sollten um 3,3 % bzw. 1,9 % steigen. Die Spareinlagen dürften um 0,9 % bzw. 1,8 % zurückgehen. Für das Kreditvolumen prognostiziert das Institut eine Ausweitung um 6,1 % bzw. 3,7 %.



## 6 Tabellenanhang

TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
BIP ZU MARKTPREISEN REAL (MRD. €)	351,118 2,0%	359,049 2,3%	367,757 2,4%	373,337 1,5%	349,242 -6,5%	365,157 4,6%	382,174 4,7%	383,291 0,3%
BIP ZU MARKTPREISEN NOM. (MRD. €)	357,608 3,9%	369,362 3,3%	385,274 4,3%	397,170 3,1%	381,042 -4,1%	406,149 6,6%	444,835 9,5%	468,632 5,3%
DEFLATOR DES BIP (2010=100)	101,848 1,8%	102,872 1,0%	104,763 1,8%	106,384 1,5%	109,106 2,6%	111,226 1,9%	116,396 4,6%	122,265 5,0%
VERBRAUCHERPREISINDEX (2020=100)	93,253 0,9%	95,194 2,1%	97,135 2,0%	98,614 1,5%	100,000 1,4%	102,800 2,8%	111,538 8,5%	119,123 6,8%
ARBEITNEHMER-ENTGELT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	48,561 2,3%	49,281 1,5%	50,566 2,6%	51,838 2,5%	52,780 1,8%	53,921 2,2%	56,348 4,5%	60,433 7,3%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE (IN 1000 PERSONEN)	3502,431 1,6%	3573,088 2,0%	3661,127 2,5%	3720,041 1,6%	3643,933 -2,0%	3734,366 2,5%	3838,928 2,8%	3854,284 0,4%
ARBEITSLOSENQUOTE NATIONALE DEF. <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	9,059 -0,051	8,509 -0,550	7,700 -0,810	7,352 -0,348	9,926 2,574	8,020 -1,907	6,375 -1,644	6,674 0,299

TAB. 1/2: REALES BIP UND HAUPTKOMPONENTEN (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
PRIVATER KONSUM	184,174 1,5%	187,777 2,0%	189,856 1,1%	190,899 0,5%	175,577 -8,0%	181,818 3,6%	190,349 4,7%	190,969 0,3%
ÖFFENTLICHER KONSUM	69,282 1,8%	69,825 0,8%	70,718 1,3%	71,621 1,3%	71,282 -0,5%	76,860 7,8%	79,166 3,0%	78,374 -1,0%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	81,502 4,3%	84,955 4,2%	88,655 4,4%	92,665 4,5%	87,715 -5,3%	95,381 8,7%	93,165 -2,3%	94,569 1,5%
LAGERVERÄNDERUNGEN <i>IN PROZENT DES BIP</i>	4,113 1,2	4,533 1,3	6,228 1,7	1,374 0,4	2,207 0,6	5,234 1,4	4,734 1,2	3,734 1,0
INLANDSNACHFRAGE	339,072 2,3%	347,044 2,4%	355,419 2,4%	356,893 0,4%	337,170 -5,5%	358,969 6,5%	367,016 2,2%	367,293 0,1%
AUSSENBEITRAG <i>IN PROZENT DES BIP</i>	12,046 3,4	11,947 3,3	12,291 3,3	16,489 4,4	11,895 3,4	5,576 1,5	14,546 3,8	15,385 4,0
BIP ZU MARKTPREISEN	351,118 2,0%	359,049 2,3%	367,757 2,4%	373,337 1,5%	349,242 -6,5%	365,157 4,6%	382,174 4,7%	383,291 0,3%

TAB. 1/3: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMPONENTEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
PRIVATER KONSUM	0,814	1,023	0,581	0,285	-4,138	1,783	2,340	0,168
ÖFFENTLICHER KONSUM	0,363	0,154	0,249	0,247	-0,092	1,649	0,651	-0,207
BRUTTOINVESTITIONEN	1,063	1,086	1,505	-0,185	-1,210	2,922	-0,776	0,123
ANLAGEINVESTITIONEN	0,977	0,978	1,029	1,090	-1,331	2,186	-0,615	0,382
LAGERVERÄNDERUNGEN	0,094	0,118	0,453	-1,272	0,264	0,874	-0,124	-0,284
EXPORTE I.W.S.	1,586	2,567	2,810	2,210	-5,939	4,951	6,101	1,135
WAREN	1,071	1,803	1,817	1,343	-2,824	4,754	3,309	0,430
DIENSTLEISTUNGEN	0,515	0,764	0,993	0,867	-3,115	0,197	2,792	0,705
IMPORTE I.W.S.	-1,838	-2,569	-2,721	-1,095	4,811	-6,665	-3,791	-0,967
WAREN	-1,336	-1,544	-1,563	-0,108	2,323	-5,098	-2,589	-0,666
DIENSTLEISTUNGEN	-0,502	-1,026	-1,158	-0,987	2,488	-1,567	-1,202	-0,301
BRUTTOINLANDSPRODUKT	1,989	2,259	2,425	1,517	-6,454	4,557	4,660	0,292

TAB. 1/4: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
HAUSHALTSSPARQUOTE	7,8	7,5	7,7	8,6	13,3	12,0	7,5	7,1
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	1,1	-0,3	0,2	0,9	4,7	-1,4	-4,4	-0,5
INVESTITIONSQUOTE	23,1	23,6	24,1	24,9	25,0	26,5	25,3	25,4
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,4	0,5	0,5	0,8	0,1	1,5	-1,1	0,1
REALZINSSATZ	-1,47	-0,42	-1,16	-1,49	-2,78	-1,95	-2,83	-1,88
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,09	1,05	-0,74	-0,33	-1,30	0,83	-0,88	0,95
HVPI - HARMONISIRTER VERBRAUCHERPREISINDEX	100,97 1,0%	103,22 2,2%	105,41 2,1%	106,98 1,5%	108,47 1,4%	111,46 2,8%	121,05 8,6%	129,16 6,7%
REALLÖHNE, BRUTTO JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	47,860 0,9%	47,707 -0,3%	47,982 0,6%	48,361 0,8%	48,602 0,5%	48,513 -0,2%	46,682 -3,8%	47,011 0,7%
ARBEITSPRODUKTIVITÄT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	10,025 0,4%	10,049 0,2%	10,045 0,0%	10,036 -0,1%	9,584 -4,5%	9,778 2,0%	9,955 1,8%	9,945 -0,1%
LOHNSTÜCKKOSTEN GESAMTWIRTSCHAFT	127,404 1,9%	128,989 1,2%	132,400 2,6%	135,854 2,6%	144,843 6,6%	145,037 0,1%	148,870 2,6%	159,835 7,4%
ARBEITSLOSENQUOTE EU DEF.-2021	6,5	5,9	5,2	4,8	6,1	6,2	4,7	4,9
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,3	-0,5	-0,7	-0,4	1,3	0,1	-1,5	0,2
BUDGETSALDO MAASTRICHT (% DES BIP)	-1,5	-0,8	0,2	0,6	-8,0	-5,9	-3,3	-2,7
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,5	0,7	1,0	0,4	-8,6	2,1	2,7	0,5

TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	179,350 3,1%	186,016 3,7%	191,859 3,1%	196,132 2,2%	182,149 -7,1%	193,055 6,0%	219,722 13,8%	234,589 6,8%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	7,542 1,2%	7,933 5,2%	8,228 3,7%	8,618 4,7%	9,016 4,6%	9,480 5,1%	9,911 4,6%	10,514 6,1%
ÖFFENTLICHER KONSUM	70,274 3,3%	71,986 2,4%	74,510 3,5%	77,287 3,7%	80,284 3,9%	88,094 9,7%	92,098 4,5%	93,913 2,0%
BRUTTOINVESTITIONEN	86,743 5,8%	91,744 5,8%	99,117 8,0%	100,677 1,6%	97,725 -2,9%	112,827 15,5%	118,730 5,2%	123,983 4,4%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	45,366 8,7%	48,211 6,3%	50,348 4,4%	53,637 6,5%	50,410 -6,0%	56,911 12,9%	57,115 0,4%	59,423 4,0%
BAUINVESTITIONEN	37,228 2,2%	39,064 4,9%	42,484 8,8%	45,311 6,7%	44,887 -0,9%	50,628 12,8%	55,635 9,9%	59,844 7,6%
STATISTISCHE DIFFERENZ	0,000	-0,001	-0,001	0,045	0,430	0,343	0,443	0,443
ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,003	-0,001	0,000	0,046	0,385	-0,086	0,100	0,000
INLANDSNACHFRAGE	343,909 3,8%	357,677 4,0%	373,713 4,5%	382,759 2,4%	369,604 -3,4%	403,800 9,3%	440,904 9,2%	463,441 5,1%
EXPORTE I.W.S.	187,409 2,5%	199,644 6,5%	213,682 7,0%	221,451 3,6%	196,667 -11,2%	227,038 15,4%	266,588 17,4%	276,775 3,8%
IMPORTE I.W.S.	173,711 2,3%	187,960 8,2%	202,120 7,5%	207,040 2,4%	185,228 -10,5%	224,690 21,3%	262,656 16,9%	271,584 3,4%
BIP ZU MARKTPREISEN	357,608 3,9%	369,362 3,3%	385,274 4,3%	397,170 3,1%	381,042 -4,1%	406,149 6,6%	444,835 9,5%	468,632 5,3%

TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	176,761 1,6%	180,075 1,9%	182,058 1,1%	182,976 0,5%	167,730 -8,3%	173,693 3,6%	182,030 4,8%	182,486 0,3%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	7,413 -0,5%	7,702 3,9%	7,797 1,2%	7,922 1,6%	7,838 -1,1%	8,116 3,5%	8,319 2,5%	8,485 2,0%
ÖFFENTLICHER KONSUM	69,282 1,8%	69,825 0,8%	70,718 1,3%	71,621 1,3%	71,282 -0,5%	76,860 7,8%	79,166 3,0%	78,374 -1,0%
BRUTTOINVESTITIONEN	85,616 4,5%	89,448 4,5%	94,870 6,1%	94,188 -0,7%	89,690 -4,8%	99,909 11,4%	97,118 -2,8%	97,566 0,5%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	44,965 7,8%	47,435 5,5%	49,025 3,4%	51,615 5,3%	48,028 -7,0%	53,461 11,3%	51,589 -3,5%	52,621 2,0%
BAUINVESTITIONEN	36,538 0,3%	37,526 2,7%	39,625 5,6%	41,060 3,6%	39,649 -3,4%	41,968 5,8%	41,548 -1,0%	41,964 1,0%
STATISTISCHE DIFFERENZ <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,002 0,005	0,052 0,050	0,024 -0,028	0,141 0,118	0,806 0,665	1,002 0,196	0,995 -0,007	0,995 0,000
INLANDSNACHFRAGE	339,072 2,3%	347,044 2,4%	355,419 2,4%	356,893 0,4%	337,170 -5,5%	358,969 6,5%	367,016 2,2%	367,293 0,1%
EXPORTE I.W.S.	188,231 3,0%	197,450 4,9%	207,714 5,2%	215,991 4,0%	192,984 -10,7%	211,497 9,6%	234,578 10,9%	239,020 1,9%
IMPORTE I.W.S.	176,185 3,7%	185,504 5,3%	195,424 5,3%	199,503 2,1%	181,090 -9,2%	205,920 13,7%	220,032 6,9%	223,634 1,6%
BIP ZU MARKTPREISEN	351,118 2,0%	359,049 2,3%	367,757 2,4%	373,337 1,5%	349,242 -6,5%	365,157 4,6%	382,174 4,7%	383,291 0,3%

TAB. 4: PREISINDIZES (2015 = 100)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	101,465 1,5%	103,299 1,8%	105,383 2,0%	107,190 1,7%	108,596 1,3%	111,147 2,3%	120,706 8,6%	128,552 6,5%
ÖFFENTLICHER KONSUM	101,432 1,4%	103,095 1,6%	105,362 2,2%	107,910 2,4%	112,628 4,4%	114,616 1,8%	116,336 1,5%	119,826 3,0%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	101,340 1,3%	102,730 1,4%	104,711 1,9%	106,780 2,0%	108,643 1,7%	112,746 3,8%	121,022 7,3%	126,116 4,2%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	100,893 0,9%	101,636 0,7%	102,699 1,0%	103,917 1,2%	104,961 1,0%	106,453 1,4%	110,711 4,0%	112,926 2,0%
BAUINVESTITIONEN	101,889 1,9%	104,099 2,2%	107,216 3,0%	110,352 2,9%	113,211 2,6%	120,634 6,6%	133,904 11,0%	142,608 6,5%
INLANDSNACHFRAGE	101,426 1,4%	103,064 1,6%	105,147 2,0%	107,247 2,0%	109,620 2,2%	112,489 2,6%	120,132 6,8%	126,177 5,0%
EXPORTE I.W.S.	99,564 -0,4%	101,111 1,6%	102,873 1,7%	102,528 -0,3%	101,908 -0,6%	107,348 5,3%	113,646 5,9%	115,796 1,9%
IMPORTE I.W.S.	98,596 -1,4%	101,324 2,8%	103,427 2,1%	103,778 0,3%	102,285 -1,4%	109,115 6,7%	119,372 9,4%	121,441 1,7%
BIP ZU MARKTPREISEN	101,848 1,8%	102,872 1,0%	104,763 1,8%	106,384 1,5%	109,106 2,6%	111,226 1,9%	116,396 4,6%	122,265 5,0%

TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
WARENEXPORTE	131,524 1,8%	140,060 6,5%	149,248 6,6%	152,776 2,4%	139,930 -8,4%	167,969 20,0%	191,384 13,9%	196,197 2,5%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	40,354 4,5%	43,292 7,3%	46,977 8,5%	50,480 7,5%	46,352 -8,2%	51,764 11,7%	59,534 15,0%	61,022 2,5%
REISEVERKEHR	15,532 3,8%	16,293 4,9%	17,457 7,1%	18,194 4,2%	10,385 -42,9%	7,305 -29,7%	15,670 114,5%	19,556 24,8%
EXPORTE I.W.S.	187,409 2,5%	199,644 6,5%	213,682 7,0%	221,451 3,6%	196,667 -11,2%	227,038 15,4%	266,588 17,4%	276,775 3,8%
WARENIMPORTE	128,855 1,6%	138,912 7,8%	148,064 6,6%	148,339 0,2%	136,466 -8,0%	168,236 23,3%	197,519 17,4%	203,489 3,0%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	37,049 4,3%	40,492 9,3%	44,826 10,7%	49,048 9,4%	45,260 -7,7%	50,700 12,0%	57,504 13,4%	59,531 3,5%
REISEVERKEHR	7,806 4,4%	8,556 9,6%	9,230 7,9%	9,652 4,6%	3,502 -63,7%	5,754 64,3%	7,633 32,7%	8,564 12,2%
IMPORTE I.W.S.	173,711 2,3%	187,960 8,2%	202,120 7,5%	207,040 2,4%	185,228 -10,5%	224,690 21,3%	262,656 16,9%	271,584 3,4%

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
WARENEXPORTE	132,871 2,9%	139,385 4,9%	146,063 4,8%	151,128 3,5%	140,032 -7,3%	158,161 12,9%	170,814 8,0%	172,522 1,0%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	40,081 3,8%	42,397 5,8%	45,312 6,9%	48,146 6,3%	43,976 -8,7%	47,894 8,9%	51,965 8,5%	51,965 0,0%
REISEVERKEHR	15,279 2,2%	15,672 2,6%	16,337 4,2%	16,712 2,3%	9,365 -44,0%	6,317 -32,5%	12,318 95,0%	14,782 20,0%
EXPORTE I.W.S.	188,231 3,0%	197,450 4,9%	207,714 5,2%	215,991 4,0%	192,984 -10,7%	211,497 9,6%	234,578 10,9%	239,020 1,9%
WARENIMPORTE	131,455 3,6%	137,086 4,3%	142,783 4,2%	143,185 0,3%	134,280 -6,2%	153,394 14,2%	162,981 6,3%	165,426 1,5%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	37,051 4,3%	39,995 7,9%	43,600 9,0%	47,121 8,1%	43,529 -7,6%	47,253 8,6%	50,088 6,0%	50,589 1,0%
REISEVERKEHR	7,679 2,7%	8,391 9,3%	9,008 7,3%	9,185 2,0%	3,339 -63,7%	5,341 60,0%	7,050 32,0%	7,755 10,0%
IMPORTE I.W.S.	176,185 3,7%	185,504 5,3%	195,424 5,3%	199,503 2,1%	181,090 -9,2%	205,920 13,7%	220,032 6,9%	223,634 1,6%

TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT. VGR (2015 = 100)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
WARENEXPORTE	98,987 -1,0%	100,484 1,5%	102,180 1,7%	101,090 -1,1%	99,927 -1,2%	106,201 6,3%	112,042 5,5%	113,723 1,5%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	100,680 0,7%	102,112 1,4%	103,674 1,5%	104,849 1,1%	105,402 0,5%	108,082 2,5%	114,567 6,0%	117,431 2,5%
REISEVERKEHR	101,655 1,7%	103,957 2,3%	106,858 2,8%	108,868 1,9%	110,898 1,9%	115,642 4,3%	127,206 10,0%	132,294 4,0%
EXPORTE I.W.S.	99,564 -0,4%	101,111 1,6%	102,873 1,7%	102,528 -0,3%	101,908 -0,6%	107,348 5,3%	113,646 5,9%	115,796 1,9%
WARENIMPORTE	98,023 -2,0%	101,332 3,4%	103,699 2,3%	103,600 -0,1%	101,628 -1,9%	109,676 7,9%	121,192 10,5%	123,009 1,5%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	99,994 0,0%	101,243 1,2%	102,811 1,5%	104,090 1,2%	103,976 -0,1%	107,294 3,2%	114,805 7,0%	117,675 2,5%
REISEVERKEHR	101,653 1,7%	101,964 0,3%	102,472 0,5%	105,077 2,5%	104,892 -0,2%	107,724 2,7%	108,262 0,5%	110,428 2,0%
IMPORTE I.W.S.	98,596 -1,4%	101,324 2,8%	103,427 2,1%	103,778 0,3%	102,285 -1,4%	109,115 6,7%	119,372 9,4%	121,441 1,7%
TERMS OF TRADE, GESAMT	100,982 1,0%	99,790 -1,2%	99,464 -0,3%	98,795 -0,7%	99,631 0,8%	98,381 -1,3%	95,203 -3,2%	95,351 0,2%
TERMS OF TRADE, GÜTER	100,983 1,0%	99,164 -1,8%	98,536 -0,6%	97,578 -1,0%	98,326 0,8%	96,832 -1,5%	92,451 -4,5%	92,451 0,0%

TAB. 8: AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG ÖSTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
IMPORTQUOTE, GESAMT	48,576	50,888	52,461	52,129	48,611	55,322	59,046	57,953
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,763	2,312	1,574	-0,333	-3,518	6,711	3,724	-1,093
IMPORTQUOTE, GÜTER	36,033	37,609	38,431	37,349	35,814	41,422	44,403	43,422
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,815	1,576	0,822	-1,082	-1,535	5,608	2,981	-0,981
EXPORTQUOTE, GESAMT	52,406	54,051	55,462	55,757	51,613	55,900	59,930	59,060
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,683	1,645	1,411	0,295	-4,144	4,287	4,029	-0,869
EXPORTQUOTE, GÜTER	36,779	37,919	38,738	38,466	36,723	41,356	43,024	41,866
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,745	1,141	0,819	-0,272	-1,743	4,634	1,667	-1,158

TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
ERWERBSFÄHIGE BEVÖLKERUNG	5612,242 1,0%	5625,702 0,2%	5629,901 0,1%	5631,117 0,0%	5630,493 0,0%	5633,530 0,1%	5630,728 0,0%	5616,967 -0,2%
ERWERBSQUOTE	78,900 0,4%	79,728 1,0%	80,769 1,3%	81,595 1,0%	82,051 0,6%	82,244 0,2%	83,017 0,9%	83,789 0,9%
ERWERBSPERSONEN	4428,084 1,5%	4485,272 1,3%	4547,191 1,4%	4594,732 1,0%	4619,903 0,5%	4633,234 0,3%	4674,460 0,9%	4706,403 0,7%
INLÄNDISCHE ERWERBSPERSONEN	3674,603 0,6%	3687,409 0,3%	3698,440 0,3%	3698,881 0,0%	3701,922 0,1%	3679,796 -0,6%	3658,096 -0,6%	3664,629 0,2%
AUSLÄNDISCHES ARBEITS- KRÄFTEANGEBOT	753,482 5,8%	797,863 5,9%	848,751 6,4%	895,851 5,5%	917,981 2,5%	953,438 3,9%	1016,365 6,6%	1041,774 2,5%
SELBSTÄNDIG ERWERBSTÄTIGE	483,900 1,8%	490,000 1,3%	493,600 0,7%	496,100 0,5%	493,100 -0,6%	496,552 0,7%	500,028 0,7%	502,528 0,5%
UNSELBSTÄNDIGES ARBEITSKRÄFTEANGEBOT	3944,184 1,4%	3995,272 1,3%	4053,591 1,5%	4098,632 1,1%	4126,803 0,7%	4136,682 0,2%	4174,433 0,9%	4203,875 0,7%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE	3502,431 1,6%	3573,088 2,0%	3661,127 2,5%	3720,041 1,6%	3643,933 -2,0%	3734,366 2,5%	3838,928 2,8%	3854,284 0,4%
KINDERGELDBEZIEHENDE UND PRÄSENZDIENSTLEISTENDE	84,440 -1,9%	82,208 -2,6%	80,357 -2,3%	77,263 -3,9%	73,231 -5,2%	70,575 -3,6%	69,375 -1,7%	69,028 -0,5%
ARBEITSLOSE	357,313 0,8%	339,976 -4,9%	312,107 -8,2%	301,328 -3,5%	409,639 35,9%	331,741 -19,0%	266,129 -19,8%	280,563 5,4%
ARBEITSLSENQUOTE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	9,059 -0,051	8,509 -0,550	7,700 -0,810	7,352 -0,348	9,926 2,574	8,020 -1,907	6,375 -1,644	6,674 0,299

TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
ARBEITNEHMERENTGELT LAUT VGR	170,081 3,9%	176,086 3,5%	185,127 5,1%	192,838 4,2%	192,328 -0,3%	201,362 4,7%	216,315 7,4%	232,926 7,7%
BRUTTOBETRIEBSÜBERSCHUSS/ SELBSTSTÄNDIGENEINKOMMEN	142,151 4,6%	146,689 3,2%	153,004 4,3%	155,472 1,6%	156,077 0,4%	167,375 7,2%	181,007 8,1%	186,292 2,9%
PRODUKTIONSABGABEN MINUS SUBVENTIONEN	45,376 1,6%	46,587 2,7%	47,144 1,2%	48,859 3,6%	32,638 -33,2%	37,412 14,6%	47,513 27,0%	49,413 4,0%
BIP ZU MARKTPREISEN NOMINELL	357,608 3,9%	369,362 3,3%	385,274 4,3%	397,170 3,1%	381,042 -4,1%	406,149 6,6%	444,835 9,5%	468,632 5,3%
PRIMÄREINKOMMEN AUS DEM AUSLAND, NETTO	-0,027 -99,2%	-3,463 12754,7%	-3,773 8,9%	-1,137 -69,9%	3,379 -397,1%	1,826 -46,0%	2,282 25,0%	2,328 2,0%
ABSCHREIBUNGEN LAUT VGR	63,753 3,5%	66,243 3,9%	69,315 4,6%	72,786 5,0%	75,770 4,1%	79,904 5,5%	83,699 4,8%	87,466 4,5%
NETTO-NATIONALEINKOMMEN ZU MARKTPREISEN	293,828 5,2%	299,655 2,0%	312,186 4,2%	323,246 3,5%	308,651 -4,5%	328,071 6,3%	363,418 10,8%	383,494 5,5%
LAUFENDE TRANSFERS AUS DEM AUSLAND, NETTO	-3,446 9,5%	-2,682 -22,2%	-3,765 40,3%	-3,415 -9,3%	-3,476 1,8%	-2,499 -28,1%	-2,124 -15,0%	-2,188 3,0%
VERFÜGBARES NETTOEINKOMMEN DER VOLKSWIRTSCHAFT	290,382 5,2%	296,973 2,3%	308,421 3,9%	319,831 3,7%	305,174 -4,6%	325,571 6,7%	361,294 11,0%	381,306 5,5%

TAB. 11 : MONETÄRER BEREICH (JAHRES DURCHSCHNITTE IN MRD. € BZW. PROZENT)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
EINLAGEN VON INLÄNDISCHEN NICHTBANKEN	332,764 4,4%	346,681 4,2%	362,125 4,5%	375,397 3,7%	399,604 6,4%	422,015 5,6%	435,941 3,3%	444,224 1,9%
DAVON SPAREINLAGEN	145,707 -1,0%	147,435 1,2%	152,784 3,6%	153,490 0,5%	160,649 4,7%	185,666 15,6%	183,995 -0,9%	180,683 -1,8%
KREDITVOLUMEN (FORDERUNGEN AN INLÄNDISCHE NICHTBANKEN)	328,388 1,4%	331,592 1,0%	342,859 3,4%	359,089 4,7%	374,486 4,3%	391,342 4,5%	415,214 6,1%	430,577 3,7%
EURIBOR 3M	-0,26	-0,33	-0,32	-0,36	-0,43	-0,55	0,32	3,27
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,24	-0,07	0,01	-0,04	-0,07	-0,12	0,87	2,95
ÖSTERREICHISCHE BENCHMARKRENDITE 10J	0,38	0,59	0,68	0,06	-0,22	-0,09	1,82	3,16
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,37	0,21	0,09	-0,62	-0,28	0,14	1,91	1,34

TAB. 12: WECHSELKURSE

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
USD/EUR	1,11 -0,3%	1,13 1,8%	1,18 4,4%	1,12 -5,1%	1,14 1,8%	1,18 3,5%	1,04 -11,9%	0,98 -5,8%
GBP/EUR	0,82 11,3%	0,88 7,3%	0,89 1,1%	0,88 -1,1%	0,89 1,1%	0,86 -3,4%	0,86 0,0%	0,87 1,2%
YEN/EUR	120,33 -10,4%	126,66 5,3%	130,37 2,9%	122,09 -6,4%	121,81 -0,2%	129,86 6,6%	137,21 5,7%	136,21 -0,7%
CHF/EUR	1,09 2,0%	1,11 1,8%	1,16 4,5%	1,11 -4,3%	1,07 -3,6%	1,08 0,9%	1,00 -7,4%	0,95 -5,0%

TAB. 13: STATISTISCHE KOMPONENTEN DER BIP-VERÄNDERUNG

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
STATISTISCHER ÜBERHANG <sup>1</sup>	0,5%	1,0%	0,9%	1,2%	-0,2%	0,8%	2,1%	0,0%
JAHRESVERLAUFSRATE <sup>2</sup>	2,5%	2,3%	2,7%	0,1%	-5,6%	6,1%	2,5%	0,9%
JAHRESVERÄNDERUNGSRATE <sup>3</sup>	2,0%	2,3%	2,4%	1,5%	-6,5%	4,6%	4,7%	0,3%

1) Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum Quartalsdurchschnitt des Vorjahres

2) Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal in Relation zum vierten Quartal des Vorjahres

3) Jahresveränderungsrate des nicht saison- und kalenderbereinigten realen BIP (Ursprungswerte)